

Wöchentlich 75 Bl. monatlich 2.25 M.  
(beim 97 Bl. monatlich für Abnahme  
ins Haus) im voraus zahlbar.  
Beitrag 2.97 M. einschließlich 90 Bl.  
Belegungs- und 72 Bl. Belegungs-  
blättern. Auslandsabonnement 5.85 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Briefposttarif 4.95 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem „Vorwärts-  
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage  
„Wort und Bild“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Willkür der 20 Bl.  
Kleinanzeigen 2.- M. „Kleine An-  
zeigen“ das fettegedruckte Wort 20 Bl.  
(zulässig zwei fettegedruckte Worte), jedes  
weitere Wort 10 Bl. Rabatt 12. Terti-  
Worte über 10 Buchstaben zählen für  
zwei Worte. Arbeitsmarkt Willkür-  
metergröße 10 Bl. Familienanzeigen Will-  
kürmetergröße 10 Bl. Anzeigenannahme  
im Haus erfolgt bis 17 Uhr  
wöchentlich von 9, bis 17 Uhr  
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-  
rechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Verl.-Dr.: Döbhoff (A D) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polstschredfonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. G. u. Disz.-Gef., Depotk., Jerusalemstr. 65-66

# Heute Notverordnung

## Kabinett der Barone kürzt Renten und Unterstützungen. Das ist die Frucht des Nationalsozialismus! Süddeutschland lehnt jede Verantwortung ab.

Die Reichsregierung wird heute nachmittag ihre neuen Notverordnungen bekanntgeben. Durch diese Notverordnungen wird dem arbeitenden Teil der Bevölkerung eine neue Last von 400 Millionen Mark auferlegt. Der Besitz bleibt von neuer Belastung frei.

Erwerbslose und Sozialrentner wie Kriegssopfer werden in ihrem Einkommen abermals beschränkt — obwohl die Versorgung der Erwerbslosen jetzt schon unter dem Existenzminimum liegt. Die Pläne des Kabinetts der Barone gehen über die Pläne der Regierung Brüning weit hinaus.

Gegen diese Notverordnung richtet sich eine überaus scharfe Opposition der süddeutschen Länder. Die Aussprache mit dem Reichspräsidenten hat — entgegen den offiziellen Versicherungen, daß eine weitgehende Entspannung im Verhältnis zwischen Reich und Ländern eingetreten sei — keineswegs zu einer Entspannung geführt. Die „Bayerische Staatszeitung“ veröffentlicht eine außerordentlich scharfe Erklärung gegen die kommende Notverordnung:

„Sodasich sei festzustellen, daß von einer fühlbaren Entspannung im Verhältnis zwischen Reich und Ländern schwerlich die Rede sein könne. Nach bayerischem Urteil habe die Reichsregierung nicht verstanden, die süddeutschen Bedenken gegen ihre einzelnen Maßnahmen oder Pläne zu zerstreuen. Zusammenfassend sei für den Augenblick zu sagen, daß die süddeutschen Regierungen, insbesondere Bayern,

für die neue Notverordnung jede Verantwortung ablehnen und insbesondere nicht die geringste Verantwortung übernehmen für gewisse Maßnahmen in derselben, deren Durchführung ihnen nur mittels Gewalt möglich erscheint.

Die ungeheure Verantwortung der Reichsregierung ist damit bezeichnet — zugleich aber ist der ungeheuerliche Volksbetrug der Nationalsozialisten festgestellt, die diese Regierung tragen und die deshalb diese Notverordnung mit zu verantworten haben!

Eine weitere Notverordnung soll das Verbot der SA., der Hitlerischen Bürgerkriegsarmee, praktisch aufheben. Auch darüber ist in den Besprechungen beim Reichspräsidenten keinerlei Einigung erzielt worden. Darüber schreibt der „Bayerische Kurier“:

Völlig ergebnislos sei die Aussprache über die Aufhebung des SA. und SS.-Verbots verlaufen. Die Reichsregierung glaube, ein Wiedererleben dieser Organisationen werde zur allgemeinen Beruhigung beitragen. Es sollte ermöglicht werden, die Jugend zu nichtmilitärischen Zwecken zur körperlichen Erleichterung und Schulung zusammenzufassen. Man denke also offenbar an eine Verwirklichung der Pläne des früheren Reichsinnenministers Groener. Davon versprachen sich die Ministerpräsidenten Süddeutschlands nichts. Weil sie befürchteten, daß das Wiederauftauchen von Uniformen zu schweren Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit führen werde, hätten sie die Reichsregierung dringend aufgefordert, ein allgemeines Verbot sämtlicher — auch der jetzt noch vorhandenen — Organisationen zu erlassen. Daß die Reichsregierung sich dazu entschließen werde, dürfe als ziemlich ausgeschlossen angesehen werden. Ob und welche Folgerungen sich aus der Aufhebung des SA.-Verbots für Süddeutschland ergäben, hänge von dem Wortlaut der neuen Notverordnung und ihrer Auslegung ab.

Unter Umständen wäre es denkbar, daß die süddeutschen Regierungen mit eigenen Verordnungen eingriffen.

Die Bindung des Kabinetts der Barone auf die Aufhebung des SA.-Verbots hat eine offiziös inspirierte Stimme damit verteidigt, daß diese Dinge nicht unter dem Gesichtswinkel Reich und Länder zu sehen seien, als vielmehr unter dem der parlamentarisch-parteilichen Lagerung. Das heißt: das Kabinett der Barone hat nichts hinter sich, als die Sympathie der Hitler-Partei, und

um sich diese Sympathie zu erhalten, muß es die Bürgerkriegsarmee Hitlers legalisieren!

Herr Groener hat jedoch in einer Erklärung festgestellt, daß der Grund für die Auflösung der SA. die Gefährdung der Staatsautorität gewesen sei. Eine Regierung, die eine Frage der Staatsautorität unter dem Gesichtswinkel der parlamentarisch-parteilichen Lagerung sieht, ist eine reine Parteiregierung!

Ihre Freunde bemühen sich im übrigen, sie weiter auf die Parteipläne der Nationalsozialisten festzulegen. So schreibt die „Deutsche Zeitung“:

„Daß der Staat sich im übrigen bei der Lösung der großen völkischen Zukunftsaufgaben — wir denken vor allem an die Arbeitsdienstpflicht — in erster Reihe auf die großen, im Geiste der alten soldatischen Disziplin ausgebauten nationalen Verbände stützen wird und nicht auf Reichsbanner und Rotfront, ist eine Selbstverständlichkeit, mit der sich die Rotenfrontlinge und die schwarz-roten Massentampfparteien abfinden müssen. Wenn in den nächsten Tagen die SA. wieder marschiert, beginnt der Wiederaufbau Deutschlands aus dem Geiste einer neuen nationalen Disziplin.“

Hier ist offen der Plan angedeutet, aus Hitlers Bürgerkriegsarmee eine staatliche Einrichtung zu machen! Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das hier getrieben wird, ein überaus gefährliches Spiel! und das Kabinett der Barone kommt ihm mit der Legalisierung der Hitlerischen Bürgerkriegsbanden entgegen!

### Die Erklärung Groeners.

Der frühere Reichswehrminister Groener übergibt der Presse folgende Erklärung:

„An einem Teile der Presse wird behauptet, daß die vom Oberreichsanwalt festgestellte Unmöglichkeit, auf Grund der aufgefundenen Befehle der nationalsozialistischen SA. über Grenzverteidi-

gungsmassnahmen ein Landesverratsverfahren gegen Teile der SA. einzuleiten, der Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der SA. die Grundlage entzogen habe. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß der einzige Verbotgrund für die Auflösung der SA. die Gefahr für die Staatsautorität war. In der Begründung für die Auflösung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen heißt es ausdrücklich, daß der Ausgang der politischen und gerichtlichen Verfahren nicht abgewartet zu werden brauche.

„da die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfange strafbare Handlungen einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.“

Die Anzeige wegen Landesverrats ist von der zuständigen Polizeibehörde ohne Beteiligung von Regierungsstellen erlassen worden. In politischen Kreisen rechnete man schon auf Grund des bekanntgewordenen Materials damit, daß der strafrechtliche Tatbestand des Landesverrats im Sinne des § 89 des Strafgesetzbuches nicht gegeben sei, weil eine solche Handlung nur dann strafbar ist, wenn sie während eines Krieges begangen wird. Demgemäß stellt auch der Oberreichsanwalt in seinem Einstellungsbescheid fest:

„Soweit Teile der SA. der NSDAP. durch ihre ablehnende Stellungnahme gegen gewisse Grenzverteidigungsmassnahmen und durch Vorkehrungen, die sie für ihr Verhalten im Falle einer Bedrohung deutschen Gebietes durch fremde Mächte getroffen haben, etwa die Interessen der deutschen Landesverteidigung beeinträchtigt haben mögen, kommt eine landesverräterische Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches nicht in Frage, da die Voraussetzungen des § 89 StGB. nicht gegeben sind.“

Die Tatsache, daß eine solche Handlung strafrechtlich nicht erfasst werden kann, ändert jedoch an der Beurteilung der Handlungsweise der Täter nichts.

Berlin, 11. Juni 1932.

gen. Groener, Reichsminister a. D.

## Geldgeber über Hitler.

### Die Schwerindustrie verlangt Ware für ihr Geld.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das führende schwerindustrielle Organ, richtet einen Appell an Hitler, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Das Blatt schreibt:

„Höchstes Lob jedoch gebührt dem Agitator, der seine Gaben, aber auch das, was ihm verfallen ist, richtig einzuschätzen weiß, und neidlos den Staatsmann gewähren läßt, nachdem er ihm die Waffe geschmiedet hat und zum Gebrauch bereit hält.“

Man kann dies mit anderen Worten auch so ausdrücken: Die schwerindustriellen Unternehmer erwarten, daß ihr in der Hitler-Bewegung investiertes Kapital sich auch rentiert.

## Ministerialrat Goslar in Urlaub.

### Der Gründer und Leiter der Pressestelle der preussischen Staatsregierung.

Wie Ministerpräsident Otto Braun hat auch der Leiter der Pressestelle der preussischen Regierung, Ministerialrat Goslar, einen längeren Urlaub angetreten. Es wird von der weiteren Entwicklung der politischen Verhältnisse abhängen, ob er in sein Amt zurückkehrt.

Genosse Goslar hat vor 12½ Jahren die Pressestelle der Staatsregierung und ein Jahr später auch den Amtlichen Preussischen Pressedienst begründet.

## Zentrum eröffnet den Wahlkampf.

### Brüning Spitzenkandidat in Hessen.

Darmstadt, 13. Juni. (Eigenbericht.)

Der ehemalige Reichstanzler Brüning wurde heute vom Landesauschuss der hessischen Zentrumspartei als Spitzenkandidat für die Reichstagswahl aufgestellt.

## Staat und Armee.

### Heraus aus dem Halbdunkel!

Von Anton Erkelenz.

Wer über den Ernst der politischen Lage in Deutschland und über die unvermeidlichen sozialen und politischen Auswirkungen einer künstlich übersteigerten Deflationspolitik nachdachte, kam stets an einen Punkt, an dem es schwer wurde, die Lage mit den normalen Mitteln der Demokratie zu bewältigen. Für diesen Fall mußte eine stärkere Heranziehung der Präsidialgewalt und der Militärgewalt zum Schutz gegen einen gewalttätigen Umsturz der Verfassung und gegen einen Bürgerkrieg mit in Rechnung gesetzt werden. Daran werden auch die deutschen Militärs öfter gedacht haben. Sie werden sich — noch mehr als die Politiker — gefast haben, daß eine solche Hineinziehung der Heeresmacht in die Tagespolitik gerade vom militärischen Gesichtspunkt aus ein verhängnisvolles Uebel sein werde, das nur im höchsten Notfall zu rechtfertigen sei. Dieser militärische Eingriff mußte von jedem Gesichtspunkt aus so lange wie möglich vermieden werden. Wenn er unvermeidlich wurde, mußte er getan werden, nur um Nation, Reich und Verfassung zu retten. Jeder Schein, daß die Reichswehr zugunsten irgendwelcher politischen oder sozialen Strömung eingriff, war strengstens zu vermeiden. Eine überragende Führung hätte in diesem Fall der Reichswehr einen großen moralischen Kredit und ein Ansehen verschaffen können, das manche Grundfehler politisierender Generale der Vergangenheit ausgelöscht hätte.

War die Stunde zum Eingriff der militärischen Macht da? Es wird niemand geben, der diese Frage bejahen kann. Daß das Kabinett Brüning wider Willen wahrheitsgemäß der Bahnbrecher der Gegenrevolution sein werde, haben außerhalb des Kabinetts selbst viele geahnt. Sie hätten gewünscht,



# Volksfront gegen Hitler-Barone!

Oeffentliche Kundgebungen am Mittwoch, dem 15. Juni, 20 Uhr

in der „Neuen Welt“, Neukölln, Hasenheide 108 in den Spichern-Sälen, Spichernstr. 3  
im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142

Redner: Clara Bohm-Schuch, E. Hamburger, Franz Künstler, Paula Kurgass, Carl Litke, Toni Sender, Fr. Stampfer, Mathilde Wurm — Gestaltet diese Kundgebungen zu einer gewaltigen Abrechnung mit der Hitler-Reaktion!

daß diese Unklarheit schon früher beseitigt wurde. Daß gerade jetzt Brüning gehen mußte, wird niemandem einleuchten; denn wenigstens in der Außenpolitik hatte er einige Aussichten eröffnet, die kein verantwortlicher Deutscher in den Wind schlagen durfte. Es scheint, als hätte sich die militärische Macht zur Übernahme der politischen Verantwortung gedrängt, als hätte sie ihre Stunde nicht abwarten können. Sie hat sich in dem Aufruf des neuen Reichswehrministers deutlich an die Seite der Nationalsozialisten gestellt, mischt sich also ein in den innerpolitischen Machtkampf. Sie hat sich endlich auf eine Kabinettsbildung eingelassen, die deutlich eingestellt ist gegen die Arbeitnehmer, gegen die Demokratie, gegen die Armen, für die meist agrarische Oberschicht, für eine Politik, die bedenklich nach Restauration des alten Regimes riecht. Man lese zum Beispiel das Entsetzen Garwins im „Observer“.

Auch wenn man annimmt, daß die Führung der Reichswehr bei ihrer Handlungsweise noch andere oder vielleicht hauptsächlich andere Absichten verfolgt, so wird man nicht übersehen, daß sie diese drei großen Fehler begangen und mit zu verantworten hat. Hier erscheint die Armee als ein Instrument des Klassenkampfes von oben. Das wird ihr, der Nation und dem Staat keinesfalls gut bekommen. Darüber sollten die jetzt augenblicklich mobilten Massen des Herrn nicht hinwegtäuschen. Sie werden die Befehle der Geschichte nicht aufheben.

Nach dem Zusammenbruch im Weltkriege war es eine der wichtigsten Fragen nationalen und staatlichen Aufbaus, ob und inwieweit es gelingen werde, ein enges Zusammenhörigkeitsgefühl zwischen Armee und Volk herzustellen. Daß dieses Zusammenhörigkeitsgefühl vor und im Kriege nicht bestand, war nicht zuletzt die Ursache des Zusammenbruchs. Die neudeutsche Machtpolitik Wilhelms II. war auf Sand gebaut. Man hat von beiden Seiten versucht, aus der furchtbaren Erfahrung zu lernen. Fehler hat wenigstens in seinen ersten Jahren als Reichswehrminister in dieser Hinsicht zu wirken versucht, Groner hat aus der Erfahrung der Kriegszeit entscheidende Verdienste. Die in der Weimarer Koalition vertretenen Parteien und ihre Anhänger haben sich große Mühe gegeben, das Verhältnis zwischen Bürger und Landesverteidiger so zu gestalten, wie es der modernen Auffassung einer freien Bürgergestinnung entspricht, und haben dafür schwere Opfer gebracht. Das alles ging nicht ohne Reibungen und Rückschläge. Es war verheerend, daß die führenden Militärs sich zwar solange „korrekt“ verhielten, wie sie im Amt waren, aber schleunigst sich an allen nationalsozialistischen Demonstrationen beteiligten, wenn sie o. D. oder z. D. waren.

Eine noch ernstere Frage ist es, ob und inwieweit die Republikaner systematisch irreführt worden sind in dem Glauben, die Führung verläufe wenigstens, die Wehrmacht auf jeden Fall nicht zum Werkzeug politischer, gesellschaftlicher, sozialer Reaktion werden zu lassen. Sie versuche, sie zum Träger allgemeiner Staatsgestinnung zu machen. Es gehört zum Wesen des Militärdienstes, im Felde den Gegner zu täuschen, ihn irreführen, ihm Fallen zu stellen. Ist das auch im Lande selbst, gegen die eigenen Bürger geschehen? Schon über die größere Hälfte der Ministerzeit Gehlers mußte man die Ueberschrift stellen: Wer belügt wen? Als vor einigen Monaten im „Vorwärts“ Schäpflin seine allemännisch deutsche Absage an Schleicher schrieb, las man klar zwischen den Zeilen: hier spricht ein Mann, der sich größte Mühe gegeben hat, ein gesundes demokratisches Verhältnis zwischen Bürger und Landesverteidiger zu pflegen, und er spricht, als habe er die größte Enttäuschung seines Lebens erlebt. Und nun, die neuen Erfahrungen? Soll die Reichswehr offen zum Instrument der alten gesellschaftlichen Privilegien, des Wohlstandsstaates der Junker werden? Dann wäre mehr zerstört als eine vierzehnjährige Arbeit, die von beiden Seiten ernst genommen und ernst betrieben wurde. Sollte man heute glauben, es läge auf das Volk nicht so sehr an? Soweit man Volk dabei nötig habe, lorge die Mystik des Nationalsozialismus für alles? Mit Baloneten kann man vielleicht äußerlich Ruhe halten. Aber in den schweren Notjahren, die noch vor uns stehen, gewinnt man damit nicht die Herzen eines Volkes. Es gibt aus den Nachkriegsjahren in Europa genug Beispiele, an denen man sich orientieren könnte. Müßen wir von 1932 ab noch einmal all die staatspolitischen Experimente durchmachen, die England und Frankreich vor 100 bis 200 Jahren schon gemacht? Man sieht nur noch nicht die Napoleons und den Cromwells!

Es ist kein gesunder Staat möglich ohne ein klares Verhältnis zwischen Wehrmacht und Staat, der Unterordnung der Wehrmacht unter die politische Führung. Ueberall, wo die Wehrmacht versucht, sich an die Stelle der Staatsmacht zu setzen, waren schwerste Erschütterungen die unvermeidliche Folge. Der Weltkrieg hat das für Deutschland in geradezu tragischer Weise erwiesen. Die Armee ist nicht dazu da, die veralteten gesellschaftlichen Anschauungen der Armeeführer wieder aufzufrischen. Die Armee ist nicht dazu da, eine Junta der Armeeführer und ihrer Klasseninteressen zu sein. Nach den bitteren Erfahrungen der Kriegszeit ist deutsche Offenheit am Plage. Wo die Armee-

## Nationalsozialistische Lügenfabrik.

Wie ein sozialdemokratischer Amtshauptmann verleumdet wird.

Ein dreifaches Stück nationalsozialistischer Hehe gegen die Sozialdemokratie in Mecklenburg-Schwerin muß niedriger gehängt werden: Unter der Ueberschrift: „So hauste die SPD“ und „Trostlose Finanzverhältnisse im Amte Hagenow“ weih der „Angriff“ von einer angeblich ungläublichen Finanzmishwirtschaft in dem fräger unter sozialdemokratischer Führung stehenden Amt Hagenow (Mecklenburg-Schwerin) zu berichten. In dem Artikel wird behauptet, daß das Amt Hagenow eine Schuldenlast von drei Millionen Mark habe und zwar mehr Schulden, als alle übrigen neun Ämter zusammen.

Nun hat das Amt Hagenow zwar nicht gerade drei Millionen Mark Schulden, aber doch immerhin eine Schuldenlast von 2,75 Millionen Mark. Es war nämlich das einzige von den 10 mecklenburgischen Ämtern, das in großzügiger Weise Siedlungs- und Wohnungsbau-Politik betrieb und zu diesem Zwecke natürlich Gelder aufnehmen mußte. Den 2,75 Millionen Mark Schulden steht aber heute in den Siedlungen und sonstigen Einrichtungen des Amtes Hagenow ein Vermögen gegenüber, das selbst bei vorsichtiger Bewertung erheblich größer ist als die Schuldenlast.

Der frühere sozialdemokratische Amtshauptmann Dr. Wohlers konnte übrigens Gelder für Zwecke des außerordentlichen Haushaltsplans überhaupt nur aufnehmen, weil auch die bürgerliche Fraktion der Amtsoberversammlung zustimmte. Die Amtsoberversammlung in Mecklenburg-Schwerin schreibt nämlich vor, daß die Amtsoberversammlungen Beschlüsse über die Aufnahme von Anleihen usw. nur mit Zweidrittelmehrheit fassen können. In der Amtsoberversammlung des Amtes Hagenow waren aber von den 21 Amtsvorstehern nur 10 Sozialdemokraten. Mit Ausnahme eines Kommunisten gehörten die übrigen Amtsvorsteher sämtlich der bürgerlichen Fraktion an. Nur wenn diese Fraktion zustimmte, konnte eine Anleihe aufgenommen werden.

fürher Aufgaben übernehmen, die außerhalb ihrer Zuständigkeit liegen, da gibt es als erste Abwehr nur vollstes Nicht der öffentlichen Meinung. Brünings geschichtliche Handlung ist nicht, wie er selbst zu glauben scheint, der Abbau des Reichshaushalts oder sonst ein Abbau. Das wird hinter dieser Krise nur als eine beschreibende, mehr negative politische Leistung gelten. Er hat durch seinen Rücktritt die dunklen Einflüsse an das Tageslicht gezogen und damit einen wichtigen Teil der politischen Entscheidungskämpfe der Zukunft aufgezeichnet.

## Rundfunk und Presse.

Das Kabinett der Barone politisiert den Rundfunk.  
Kautschukbestimmung gegen die Presse.

Die Regierung der Barone hat die Absicht, sich kräftig des Rundfunks zu bedienen, um für sich Reklame zu machen. Sie hat es auch nötig! Wenn man an die kommende Notverordnung, an den Abbau der Erwerbslosenhilfe, den Abbau der Sozialversicherung und die Renten der Kriegsoffer denkt, so versteht man, daß diese Regierung sich verteidigen möchte! Sie hat sich vor dem Reichstag gedrückt und will nun im Rundfunk reden. Das ist bequem, da kann nicht geantwortet werden! Wir möchten uns aber von vornherein energisch verbitten, daß im Rundfunk im Stille der ersten Regierungserklärung gegen das Volk und seine arbeitenden Klassen geredet wird!

Die Anordnung des Innenministers über die Inanspruchnahme des Rundfunks lautet:

„Die Reichsregierung behält sich vor, den Deutschen Rundfunk täglich eine halbe Stunde nach Bedarf in Anspruch zu nehmen, um die Öffentlichkeit über ihre Ziele und Absichten zu unterrichten. Für diese Sendungen, die vom Deutschlandsender ausgehen und von allen anderen deutschen Sendern übernommen werden müssen, kommt die Zeit zwischen 18.30 und 19.30 Uhr in Frage. Mit der Durchführung ist die „Drabak“ beauftragt worden.“

Wenn die Regierung Brüning im Bedarfsfall — wirklich selten genug! — sich des Rundfunks bedient hat, so hat sich ein Geheul und Gelärm von rechts erhoben, man hat sich nicht genug tun können im Besetze über die Politisierung des Rundfunks. Jetzt wird der Rundfunk sehr kräftig politisiert für die Zwecke einer ausgesprochen reaktionären Parteiregierung, mit begeisterter Zustimmung jener Kreise, die bisher laut über eine angebliche Politisierung des Rundfunks geredet haben. Wir wünschen den Herrschaften ein gutes Gedächtnis! Wir werden sie an ihre Begeisterung für diese Politisierung des Rundfunks erinnern!

Der Reichsinnenminister Freiherr von Goyl hat ferner mitgeteilt, daß die Pressenotverordnung geändert werden soll. Eine Beschlagnahme von Zeitungen soll künftig überhaupt nicht mehr erfolgen. Wenn bisher Zeitungen verboten werden konnten mit der Begründung, daß sie öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdeten, so soll dieser Verbotgrund für die Zukunft weggelassen. Dafür soll als neuer Verbotgrund gelten, wenn Zeitungen oder Zeitschriften lebenswichtige Interessen des Reiches durch Veröffentlichung oder Verbreitung un-

Die meisten Anleihen wurden übrigens einstimmig oder fast einstimmig beschloffen.

Die Aufnahme von Anleihen ist den mecklenburgischen Ämtern aber auch noch dadurch erschwert, daß Anleihen nur aufgenommen werden dürfen, wenn auch der sogenannte Landesverwaltungsrat — ein Kontroll- und Ueberwachungsorgan des Staates — einem mit Zweidrittelmehrheit gefassten Beschlusse der Amtsoberversammlung auf Aufnahme einer Anleihe zustimmt.

Wenn der frühere sozialdemokratische Amtshauptmann des Amtes Hagenow für seine Siedlungs- und Arbeitsbeschaffungs-politik sowohl die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit seiner Amtsoberversammlung wie auch des Landesverwaltungsrats fand, dann ist damit der Beweis erbracht, daß von einer sozialdemokratischen Finanzmishwirtschaft keine Rede sein kann.

Wie gesund die Finanzwirtschaft des Amtes Hagenow unter dem früheren sozialdemokratischen Amtshauptmann Dr. Wohlers war, geht auch aus den Abschlüssen der Haushaltsrechnungen des Amtes hervor. Die Haushaltsrechnung des Amtes Hagenow schloß in den Jahren 1927 bis 1931 stets mit einem wenn auch geringen Ueberschuß ab. Der Ueberschuß betrug im Jahre 1927: 4518 M., 1928: 3866 M., 1929: 8645 M., 1930: 12 836 M., 1931: 13 584 M. Interessant ist, daß im Gegensatz zu dem sozialdemokratisch geführten Amt Hagenow die bürgerlich geführten Nachbarämter Parchim und Ludwigslust mit Unterschüssen abgeschlossen. Das Amt Parchim hatte z. B. im Jahre 1930 einen Unterschuß von 60 000 M., das Amt Ludwigslust in den Jahren 1930 und 1931 insgesamt einen Unterschuß von 175 000 M.

Der Artikel im „Angriff“ ist also weiter nichts als der übliche Veruch der Nazis, sich als die Reineren und Reiter hinzustellen; in Wirklichkeit war die Finanzwirtschaft im Amte Hagenow unter dem sozialdemokratischen Amtshauptmann Dr. Wohlers absolut einwandfrei und ist geradezu als musterträglich anzusprechen. Wir werden sehen, was nun die nationalsozialistische Verwaltung tun wird!

wahrer entstellter Nachrichten gefährden. Diese Bestimmung hat vor allem den Schutz der auswärtigen Interessen des Reichs und der Landesverteidigung im Auge. Die Verbotsfristen sollen um die Hälfte herabgesetzt werden.

Hier soll eine außerordentlich gefährliche Kautschukbestimmung geschaffen werden! Die offizielle Pressepolitik, die Denaturierung von unbequemem Auslandspressestimmen hat sich eben erst beim Amtsantritt des Kabinetts von Papen wieder in vollem Glanze gezeigt. Soll alles, was nicht in den Rahmen dieser unmöglichen Pressepolitik paßt, als „entstellte Nachricht“ gewertet werden, oder soll damit gar ein Schutz für die neu uniformierte Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler geschaffen werden?

Das würde ausgezeichnet zu den Befehlen passen, die Hitler und die Seinen dem Kabinett der Barone erteilen!

## Gegen Kürzung der Kriegrenten.

Reichsbanner protestiert bei dem Reichspräsidenten.

Der Gau Mittelschlesien des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat gegen die beabsichtigte neuerliche Kürzung der Kriegrenten bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg mit nachstehendem Telegramm entschiedenen Einspruch erhoben:

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Mittelschlesien, erhebt als Kriegsteilnehmer-Organisation Einspruch gegen die neuerliche Benachteiligung der Kriegskameraden und deren Witwen und Waisen durch die Notverordnung. Aus engster Verbundenheit mit unseren Frontkameraden fühlen wir die Gewissenspflicht, für das Recht der Kriegsoffer, denen der Dank des Vaterlandes gewiß sein sollte, juristisch und entschieden einzutreten.

## Urteil im Abel-Prozess.

Drei Jahre Zuchthaus wegen schwerem Meineid.

Nach mehrstündiger Beratung verurteilte das Gericht im Abel-Prozess kurz nach 23 Uhr folgenden Urteil:

Abel wird wegen schwerer Verbrechen des Meineides zu einer Gesamtkstrafe von drei Jahren Zuchthaus ab der erlittenen viermonatigen Untersuchungshaft und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Das Gericht hält den Angeklagten in den verschiedenen Anklagepunkten für überführt. Es war die Frage zu prüfen, ob dem Angeklagten § 51 zugewilligt werden könne. Diese Frage hat das Gericht sowohl auf Grund des Sachverständigenurteils als auf Grund eigener Anschauung verneint. Die Frage, ob Abel wissenschaftlich oder sachlich gehandelt hat, wurde in ersterem Sinne bejaht, da der Angeklagte Zeit hatte, sich die Sache zu überlegen. Straferschwerend wirkte, daß Abel schon wegen ähnlicher Delikte vorbestraft und sein Meineid schwere Presseangriffe auf Hitler zur Folge hatte.

Der Prozess gegen den Deutschkutschband in Polen wird neu ausgerufen. Der Oberste Gerichtshof in Warschau hat neue Verhandlung vor anderen Richtern in Polen angeordnet. In dem früheren Verfahren waren Abg. Graeb und weitere 10 Angeklagte zu Gefängnis zwischen sechs Monaten und einem Monat verurteilt worden.



# Die Schleicher-Partei.

Eine Filiale des Nationalsozialismus.

Das Bürgertum, soweit es noch nicht von der nationalsozialistischen Flut verschlungen ist, sucht verzweifelt nach rettenden Planken. Aber gerade diese Bemühungen zeigen deutlich seine Zerfahrenheit und seine politische Verstandlosigkeit.

Es lassen sich im wesentlichen zwei Gruppen unterscheiden. Die eine möchte durch eine allgemein-bürgerliche Bistvenverbindung bei den bevorstehenden Wahlen retten, was noch zu retten ist, die andere glaubt der völligen Vernichtung entrinnen zu können durch Gründung einer vollständig neuen Partei oder zum mindesten durch Auswechseln der bisherigen Firmenschilder.

So haben die Volksparteiler in Anhalt beschlossen, wieder einen Laden unter der alten nationalliberalen Bezeichnung aufzumachen. Als ob damit noch ein Hund hinter dem Ofen wegzulocken wäre! Wer sich von der Volkspartei abgewandt hat, wird sich auch für den Nationalliberalismus nicht begeistern lassen, zumal da dieser Name bereits vor dem Kriege so kompromittiert war, daß man ihn nach der Revolution schleunigst verschwinden ließ.

Professor Horneffer in Sieben, der sich in den Kreisen der Großindustrie durch eine Reihe von höchst antisozialen Reden und Schriften bekannt und beliebt gemacht hat, hat am Sonntag in Erfen eine neue Partei gegründet, die er in schöner Selbstironie „sozialliberal“ taufte. Auch das ist eine Totgeburt.

Ernst zu nehmen mag der Versuch sein, der am Dienstag angestellt werden soll. Zu diesem Termin sind nach Berlin eine Anzahl von Notabeln eingeladen worden, um die politische Lage zu besprechen und ebenfalls die Gründung einer neuen „Mittelpartei“ vorzunehmen. Hinter dieser Aktion stehen der frühere Vorkämpfer Dr. Solf, der Duisburger Oberbürgermeister Jarres, der Ehrenpräsident der Handwerkskammer Plate, der Geheimrat Justizrat Wildhagen und angeblich Dr. Eckener. Sieht man von Dr. Eckener ab, den man in dieser Gesellschaft gern vermeiden möchte, so sind die Namen schon Programm genug. Nicht zuletzt der Justizrat Wildhagen, denn dieser Herr Wildhagen hat im September vorigen Jahres als neugewählter Präsident des Juristentages eine wildnationalistische Rede gehalten, in der er unter anderem von dem kommenden Tag der Rache gegenüber Frankreich sprach.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier etwas geschaffen werden soll, was nicht viel mehr ist als eine neue Filiale des Nationalsozialismus, und was sich von der deutschnationalen Partei nur durch die Abneigung gegen die persönliche Diktatur Hugenburgs unterscheidet. Aus diesem Grunde klingt es denn auch sehr wahrscheinlich, wenn behauptet wird, daß das ganze Unternehmen sein Entstehen der Initiative eines sehr prominenten Mitgliedes der gegenwärtigen Regierung verdankt. Das Kabinett Papen wird nicht müde, zu erklären, daß es jede Parteipolitik ablehne, aber es möchte doch, wenn es sich irgend tun läßt, im neuen Reichstag eine Mehrheit vorfinden und zu der soll ihm die Partei Jarres-Wildhagen zusammen mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen verhelfen.

Daß das Zentrum sich an dem Experiment nicht beteiligt, ist selbstverständlich. Aber auch der Christliche Volksdienst will seinen Weg allein weitergehen, und die Staatspartei hat am Sonntag mit erfreulicher Deutlichkeit die Grenze zwischen sich und den reaktionären Claqueurs gezogen. So darf man annehmen, daß die Hoffnungen, die das Kabinett auf die — nun sagen wir einmal auf die Schleicher-Partei setzt, ebenso fehlschlagen werden wie vor zwei Jahren die Erwartungen, die Herr Dr. Brüning an die Gründung der Volkspartei knüpfte.

## Die Hencker!

„Wir verlangen drakonische Zuchthausstrafen.“

Im „Völkischen Beobachter“ von Sonntag/Montag 12./13. Juni 1932 findet man in drei Zentimeter hohen Lettern folgende über mehrere Spalten gezogene Ueberschrift:

„Wir verlangen drakonische Zuchthausstrafen für die verurteilten KPD-Mörder!“

Die Ermordung des Hitlerjungen Hoffmann soll die Sühne finden.“

Es handelt sich, wie man aus dem Weiteren erfährt, um einen Totschlag, der am 17. August 1931 im Südosten Berlins am Lausitzer Platz begangen wurde. Die Verhandlung gegen die Totschläger, die der Kommunistischen Partei angehören, hat am Donnerstag der vergangenen Woche begonnen und wird mit Beginn dieser Woche fortgesetzt.

Am gleichen Tage, an dem die Verhandlung vor dem Schwurgericht beim Landgericht I begann, nahmen Nationalsozialisten und Kommunisten in trauriger Gemeinschaft jene Amnestievorlage im preussischen Rechtsausschuß an, durch die allen politischen Totschlägern volle Straffreiheit zugesichert wird.

„Wir verlangen drakonische Zuchthausstrafen...“ — daher der Name Amnestie!

Aus dem „Angriff“ vom Sonnabend, dem 11. Juni:

„Es besteht kein Zweifel mehr, daß die KPD eine Organisation von Verbrechern ist, die von Verbrechern geführt wird und Verbrechen verübt. Mit ihr muß jetzt unter Anwendung aller staatlichen Mittel Schluss gemacht werden. Das holländische Verbrechen muß vom Reich mit Stumpf und Stiel beseitigt werden. Geht man den Organisationen und Führern das Handwerk, zieht man sie wegen ihrer bereits begangenen Verbrechen vor Gericht und bestrafte sie so schnell und so gründlich, wie es das viele von ihnen vergossene Blut heischt, dann sind dieser Mordpartei die Giftzähne ausgebrochen.“

Amnestie — Amnestie — Amnestie!!!

Aus dem „Angriff“ vom Montag, dem 13. Juni:

„Die Zeiten sind vorbei, da man glaubte, die intellektuellen Urheber der Morde und Blutstößen mit Samthandschuhen anfassen zu müssen. Jetzt muß mit diesen Burschen in einer anderen Tonart geredet werden... Wir sind nicht gewillt,

# Der Dank des nationalen Deutschland.



„Freue dich, waderer Krieger, dein Blut ist nicht umsonst geflossen. Jetzt ist die nationale Regierung da, sie wird dir zeigen, ...“



... daß der Staat keine Wohlfahrtsanstalt ist. Darum: herunter mit der Rente!“

# Vorbereitungen für Lausanne.

Die Abmachungen zwischen Macdonald und Herriot.

Paris, 13. Juni. (Eigenbericht.)

Die französisch-englischen Verhandlungen in Paris haben zu einer wesentlichen Wiedernäherung zwischen Frankreich und England geführt. Es wäre aber falsch, diese Wiedernäherung als eine Wiederauflösung der Calote Cordiale oder als die Bildung einer französisch-englischen Einheitsfront gegen die übrigen Staaten Europas, besonders gegen Deutschland, auszulegen. Macdonald und Herriot haben selbst in einer Erklärung an die Presse diese Auffassung abgelehnt und die französische Presse betont dies in ihren Kommentaren ausdrücklich. Es handelt sich vielmehr um eine französisch-englische Verständigung über die Methode, die den anderen Mächten in Genf und Lausanne nicht aufgezwungen, sondern empfohlen werden soll, um zu einem bestmöglichen Ergebnis zu gelangen. Infolgedessen werden Macdonald und Herriot die Delegierten der anderen Mächte vor Beginn der offiziellen Verhandlungen über ihre Besprechungen unterrichten.

Wenn Macdonald in der Reparationsfrage in eine Verzögerung des Moratoriums eingewilligt hat, statt wie bis vor kurzem eine endgültige Streichung der Reparationen zu verlangen, so ist das darauf zurückzuführen, daß er sich darüber klar geworden ist, daß angesichts der Haltung Amerikas in der Schuldfrage keine französische Regierung auf einen derartigen Vorschlag eingehen kann. Andererseits weiß man in Frankreich ganz genau, daß von Deutschland keine direkten Reparationszahlungen mehr zu erwarten sind. Deshalb will sich Herriot mit einem vollständigen Moratorium einverstanden erklären, aber er will die von Deutschland im Haag übernommenen Verpflichtungen

juristisch aufrechterhalten

wissen, um sich die Möglichkeit vorzubehalten, später von Deutschland einen Ausgleich auf einem anderen, vor allem wirtschaftlichen Gebiete, zu erlangen, falls die Vereinigten Staaten in-

zwischen die Kriegsschulden nicht streichen sollten. Jedenfalls würde durch diese Lösung Deutschland faktisch, wenn auch nicht juristisch, seiner Zahlungsverpflichtungen entbunden werden.

Ueber die Abrüstungsfrage scheinen die französischen und englischen Minister nicht sehr eingehend gesprochen zu haben. Sie sind sich aber darüber klar gewesen, daß alles getan werden muß, um der Abrüstungskonferenz einen Erfolg, wenn auch nur einen Teilerfolg, zu sichern. Auf welche Weise dies möglich ist, wird von dem guten Willen der anderen Staaten abhängen. Einige Blätter sprechen von einer Herabsetzung der Militärkredite, von einer Beschränkung oder einer Internationalisierung einer Anzahl besonders gefährlicher Angriffsmittel wie der Bombenflugzeuge und schließlich von einem mehrjährigen Abrüstungswaffenstillstand.

Um die französische öffentliche Meinung zu beruhigen, hat Macdonald die Absicht, in Genf von den interessierten Mächten eine Erklärung unterzeichnen zu lassen, in der unter Berufung auf den Kellogg-Pakt jedes gewaltsame Vorgehen gegen einen anderen Staat noch einmal verurteilt werden soll.

Am Montag Abend sind Macdonald, Herriot, Sir John Simon und Paul Boncour nach einer gemeinsamen Reise in Genf eingetroffen.

Auch das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag mit der Vorbereitung der Lausanner Konferenz. Nach eingehenden Darlegungen der beteiligten Reichsminister wurde eine völlige Einmütigkeit des Reichskabinetts über die von der deutschen Delegation einzunehmende Haltung festgestellt. Die Stellvertretung des Reichsfinanzlers während seiner Abwesenheit in Lausanne übernimmt der Reichsinnenminister Frhr. v. Gahl.

den unaufhörlichen Bürgerkrieg dieses in allen seinen Schichten verkommenen und verkommenen Verbrechergesindels noch länger zu ertragen. Wir sind nicht gewillt, noch länger unsere Leute auf Befehl der jüdischen Intellektuellen der KPD, von vertierten Mördern hinschlachten zu lassen. Und wir erklären hiermit, daß es der größte Teil des deutschen Volkes nicht verstehen würde, wenn man diesen infamen Strösch, diesen Verbrecher Wollenberg, wieder laufen ließe.“

Ja, welch mutige Sprache! Welch kraftvoller Ausdruck. Das paßt, das hypnotisiert! Und wie viele von den Lesern denken noch daran, derweil sie dies lesen, daß die KPD-Schulter an Schulter mit der KPD in Preußen Ernestie für alles „verlumpfte und verkommene Verbrechergesindel“, für alle „vertierten Mörder“, einschließlich des „infamen Strösch Wollenberg“ soden beschließen hat. Obwohl „der größte Teil des deutschen Volkes nicht verstehen würde, usw. um.“

Der „Angriff“ ist offensichtlich überzeugt, daß seine Leser nichts merken. Er kennt ihre Dummheit, er weiß, daß die Spekulation auf die absolute Urteilslosigkeit nationalsozialistischer verblödeten Massen die sicherste ist!

## Ernst Appell Hendersons.

Ein Bericht über den Stand der Abrüstungskonferenz.

Genf, 13. Juni. (Eigenbericht.)

Am Vorabend der beginnenden politischen Abrüstungsverhandlungen bewilligte Henderson den Empfang einer Reihe von internationalen Friedensdelegationen zu einer Besprechung der bisherigen Konferenzarbeit und einem richtungweisenden.

Appell an die Staatsmänner.

Vor allem habe die Konferenz eine große Umbildung der Weltmeinung hervorgerufen. Keine verantwortliche Person eines Landes könne heute nicht wagen, zu erklären, daß ihr eigenes Land genügend abgerüstet sei. Auch nicht jene Mächte mit den stärksten Grenzen und den furchtbarsten Zerstörungsmaschinen, die noch gar nicht so lange behauptet hätten, freiwillig bis zur äußersten Grenze ihrer Sicherheit abgerüstet zu haben. Niemand könne auch mehr zu denken wagen, daß die einfache Begrenzung der Rüstungen auf ihren heutigen Stand ein unannehmbares Ergebnis darstellen müsse.

Fähig und allgemeine Herabsetzung sei die Forderung der Weltmeinung.

Von den technischen Kommissionen hatten mindestens zwei wichtige Ergebnisse erzielt. Die Kommission für staatliche Rüstungsausgaben habe bewiesen, daß eine wirksame budgetäre Begrenzungsmethode praktisch aufgestellt und durchgeführt werden könne und die Kommission für chemische Kampfmittel habe nicht nur deren Abschaffung, sondern auch das Verbot jeglicher Herstellung solcher Kampfmittel in Friedenszeiten beschlossen. Auch die unbedrückenden Verhandlungen der Land-, See- und Luftkommissionen seien nicht umsonst gewesen. Sie stellen eine notwendige Etappe dar, durch die zum einen oder anderen Zeitpunkt die Konferenz einmal habe gehen müssen. Das beweist nur erneut, daß die Ausführung der qualitativen Abrüstungsbeschlüsse nicht den militärischen Sachverständigen, sondern den Politikern zuzumane, die jetzt ein sicheres Feld für ihre Entscheidungen vor sich hätten. Vor sich die ganze Welt, daß die Ergebnisse der Konferenz von den Regierungen abhängig seien. Wenn diese wünschten, auf dem Wege der Abrüstung vorwärts zu kommen, dann seien sie heute in der öffentlichen Meinung ihrer Länder sämtlich in einer stärkeren Position als vor 4 Monaten. Die Konferenz könne auch nicht mehr auseinandergehen, ohne wirksame Maßnahmen gegen die private Herstellung und den Handel mit Waffen und Munition zu regeln.

Nun sei die Zeit gekommen, wo die großen Entscheidungen getroffen werden müßten

und auch getroffen würden. Bei den Regierungen liege die volle Verantwortung für den Erfolg der Konferenz und vor allem bei denen der großen Mächte, die die wichtigsten Armeen der Welt besäßen. Niemals seit 14 Jahren hat in den Händen der Staatsmänner eine solche Macht gelegen, die Ereignisse zum Guten oder zum Bösen zu lenken“, schloß Henderson unter stärkstem Beifall.

Ausländer in der Türkei dürfen nach einem Beschlusse der Nationalversammlung eine Anzahl Verufe nicht mehr ausüben; betroffen sind besonders die russischen Flüchtlinge. Binnen sechs Monaten haben diese Ausländer einen erteilten Verufe zu ergreifen.

Dr. Mastig, bisher tschechoslowakischer Gesandter in Rom, ist in gleicher Eigenschaft für Berlin ernannt worden.

Die neue rumänische Regierung hat Kammer und Senat aufgelöst. Reuwohl der Kammer am 17. Juli, des Senats 24. und 26. Juli. Wiederzusammentritt schon am 30. Juli.



# NSDAP. gegen Beamte.

## „Sanierung“ auf Kosten der Sozialbeamten.

Der „Angriff“ erzählt „aus bester Quelle“, daß der neue Reichsarbeitsminister Schaeffer nicht der Meinung sei, daß es mit einer äußeren Reform der Sozialversicherung möglich ist, ihre Krise „über den Katastrophenpunkt“ hinwegzubringen. Schuld an dieser Krise der Sozialversicherung sei „vor allem die übermäßige Aufblähung des Verwaltungsapparats“. Dieser sei „zu einer wahren Domäne schwarzen und roten Parteibuchbeamten gemacht worden“, so daß die Verwaltungskosten dermaßen in die Höhe getrieben worden seien, „daß man durch geeignete Personalmaßnahmen künftig fast ein Drittel davon einsparen könne“. Durch diese Personalmaßnahmen würde so viel eingespart werden können, daß man überrascht sein würde, „in wie hartem Maße die jetzigen sozialen Leistungen aufrechterhalten werden können“.

Da der „Angriff“ diesen Schwundel „aus bester Quelle“, also offenbar vom neuen Reichsarbeitsminister selbst bezogen hat, ist es notwendig, sich mit ihm etwas näher zu befassen. Zunächst wollen wir den Umfang der Verwaltungskosten in den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung feststellen. Im Jahre 1930 betrug in der Krankenversicherung der Anteil der Verwaltungskosten 6,5 Proz. Wir geben hier die Durchschnittsziffer der verschiedenen Arten der Krankenversicherung, bemerken aber zugleich, daß erheblich über dem Durchschnitt die Verwaltungskosten bei den Krankenkassen liegen, wo es ein „rotes Parteibuchbeamten“ überhaupt nicht gibt, nämlich bei den Innungskrankenkassen und auch bei den Betriebskrankenkassen.

In der Invalidenversicherung betrug der Anteil der Verwaltungskosten 3,95 Proz., in der Angestelltenversicherung 5,78 Proz. In der Knappschaftsversicherung machten die Verwaltungskosten nur 3,77 Proz. aus. In der Arbeitslosenversicherung, die am stärksten umkämpft ist,

war der Anteil der Verwaltungskosten 1930/31 sogar nur 3,5 Proz. Wenn man die Arbeitsvermittlung und die anderen Zweige der Reichsanstalt mit einbezieht, dann betrug der Anteil der Verwaltungskosten 5,6 Proz.

Erheblich höher als bei allen diesen Sozialversicherungszweigen war allerdings der Anteil der Verwaltungskosten in dem Zweige der Sozialversicherung, in dem der Einfluß der Versicherten vollständig ausgeschaltet ist, nämlich in der Unfallversicherung. Hier erreichte er den außerordentlich hohen Prozentsatz von 13,34. Wenn also der neue, von den Nazis verteidigte Reichsarbeitsminister unter Ausschluß des „Parteibuchbeamtentums“, d. h. unter Ausschluß des Einflusses der Versicherten, die Personalmaßnahmen treffen will, dann kann man sich nach dem Vorbild der Unfallversicherung auf allerhand gefaßt machen.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit mit dem „Parteibuchbeamtentum“ aus? Nur in der Krankenversicherung, soweit es sich um Allgemeine Ortskrankenkassen und Erlangkrankenkassen handelt, haben die Versicherten den entscheidenden Einfluß. In allen anderen Versicherungszweigen ist der direkte Einfluß fast gänzlich ausgeschaltet oder aber ein sehr geringer. Von einer Selbstverwaltung kann meist gar nicht gesprochen werden. In der Regel herrscht da das Beamtentum mit oder ohne Parteibuch, das von den Nazis besonders umschmeichelt wird.

Es kann nicht bestritten werden, daß große Teile der Beamten auf den Schwundel der Nazis hereingefallen sind. Wenn die „beste Quelle“ des „Angriff“ stimmt, dann können sich diese Beamten auf allerlei gefaßt machen. Sicher ist, daß die Sozialbeamten, an deren Pflichten wir nicht im geringsten zweifeln und deren Interessen wir stets vertreten haben und auch weiter vertreten werden, sich auf ein großes Ausräumen, wie der „Angriff“ sagt, gefaßt machen müssen, wenn das Hakenkreuz zur Herrschaft gelangen sollte.

# Gesamtverband schafft Klarheit.

## Einig und entschlossen zum Kampf.

Im Saale des Berliner Verbandshauses trat am 11. und 12. Juni der Beirat des Gesamtverbandes zu seiner vierten Tagung zusammen. Genosse Rüntner führt den Vorsitz.

„Wirtschaftskrise und Gesamtverband“ sprach Reihner. Die Unternehmer und alle reaktionären Kreise bezogen die Not der Zeit, um die Rechte der Arbeiterschaft zu beschneiden oder zu beseitigen. Der Gesamtverband hat sich trotz der schweren Zeit sehr gut gehalten. Der Mitgliederzuwachs ist verhältnismäßig gering. Die Organisation war in der Lage, trotz der Wirtschaftskrise auf die Einhaltung der Tarifverträge stärksten Einfluß zu nehmen.

Zu den alten natürlichen Gegnern — den Unternehmern — sind neue Feinde gekommen.

Die Arbeit der Gewerkschaften wurde gestört durch die Gründung und Betätigung der RGO. Zahlmäßig war die Gründung der RGO für die APD ein Mißerfolg. In einer Berliner Funktionärskonferenz der RGO bezeichnete Graf nicht vom Zentralkomitee der APD die Gründung und Betätigung der RGO als eine große Pleite. Die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften“ habe sich als falsch erwiesen. Auf der anderen Seite ist der Nazigewerkschaftsarbeit Beachtung zu schenken, trotzdem die Erfolge dieser Partei auf gewerkschaftlichem Gebiet noch mäßiger sind als die der RGO.

Einstimmig nahm der Beirat eine Entschließung an, in der es heißt:

„Die Regierungserklärung des neuen Reichskabinetts Papen-Schleicher hat die Bedeutung einer offenen Kriegserklärung an die sozialistisch denkende und gewerkschaftlich organisierte deutsche Arbeiterschaft... Das Ziel dieser reaktionären Abelsberrn, die nur durch das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung in den Besitz der Regierungsmacht gelangen konnten, ist neben der Vernichtung der demokratischen Grundgesetze unseres staatlichen Lebens die radikale

Beseitigung der Ergebnisse der bisherigen sozialen Gesetzgebung,

vor allem jedoch der Arbeitslosenversicherung, die Zerstückelung des Betriebsrats- und Tarifvertragsrechtes und damit die Vernichtung jeglichen Schutzes der Arbeitnehmer gegenüber den Willkürmethoden eines reaktionären Unternehmertums... Die 4. Beiratsitzung des Gesamtverbandes erklärt deshalb:

Unsere Einheitsfront ist die „Eiserne Front“! Wer für die nationalsozialistischen Betriebszellen oder die RGO, agitiert, kauft und fördert die Reaktion. Wir rufen die Mitglieder des Gesamtverbandes auf, bei der bevorstehenden Reichstagswahl, deren Ausgang das zukünftige Schicksal nicht nur der deutschen Arbeiterbewegung, sondern gleichermaßen auch das Schicksal des ganzen deutschen Volkes und Europas auf Jahre hinaus entscheidend beeinflussen wird, mit allen Kräften für den Sieg der Sozialdemokratischen Partei einzutreten; denn der Sieg der Sozialdemokratie ist gleichbedeutend mit der Niederlage der Papen-Regierung und ihres Verbündeten und Steigbügelhalters, des Hitler-Faschismus.“

Ueber Tarif- und Lohnbewegungen sprach Paul Schulz. Im Jahre 1932 ist es trotz aller Widerstände und Widerwärtigkeiten gelungen, für 354.000 Mitglieder einen Lohnabbau von 10 % pro Stunde abzumehren. Eingehend behandelt Schutz die lohnpolitische Situation. Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung sei Kampf für die Sicherung und den Ausbau des Tarifrechtes. Typisch sei, daß die APD, im Reichstag gegen die Arbeitsbeschaffungsanleihe gestimmt habe.

In der Aussprache behandelte Dr. Loopp die Tarifbewegung der Gemeindefabrikanten, Schreiber die Bewegung der Handels- und Transportarbeiter. Ein neues Reglement für die Führung von Tarifvertrags- und Lohnbewegungen wurde einstimmig beschlossen.

Ueber den Stand der Organisation berichteten Becker und Polenske, über Pressefragen Dittmer. Die Berichterstatter wiesen auf die

### starken Sparmaßnahmen

hin, die in den Jahren 1931 und 1932 auf allen Gebieten der Verwaltung beschlossen und durchgeführt wurden.

Eingehend wurde über die Ursachen des Rücktritts leitender Funktionäre berichtet. Bei Abnahme der Jahresabrechnung für 1931 hat der Verbandsvorstand festgestellt, daß einzelne Hauptfunktionäre des Verbandes Befugnisse überschritten haben. Die Ueberprüfung besteht darin, daß sie

über die Anlage von Geldern verfügten, ohne entsprechend den Bestimmungen der Satzung die zuständigen Körperschaften zu befragen. Soweit Anfordrungen wegen des Hausbaues erhoben wurden, ist festgestellt, daß die Voranschläge um etwa 10 Proz. überschritten worden sind; ein Prozent, der sich durchaus in den Grenzen hält, die als vertretbar angesehen werden können. Der finanzielle Stand der Organisation ist durchaus gesund. Schumann, Rürnberg und Ruppert, bei denen der Verbandsvorstand die Ueberprüfung der Befugnisse feststellte, haben daraufhin dem Verbandsvorstand ihren Rücktritt von der Führung der Geschäfte erklärt. Es sei ausdrücklich betont, daß

ehrenrührige Vorwürfe gegen die von der Geschäftsführung zurückgetretenen Kollegen nicht erhoben werden.

Nach sehr eingehender Aussprache beschloß der Beirat, bis zum Verbandstag folgende Geschäftsverteilung: Vorsitzender: Fritz Rüntner. Mit der weiteren Führung der Geschäfte als Vorliegende werden beauftragt: Anton Reihner und Otto Becker. Hauptkassierer: August Reih. Vorstandsjetretär: Carl Polenske. Mit der Leitung der Reichsabteilung A (Gemeindefabrikate) wird an Stelle von Polenske Josef Dröpp, mit der Leitung der Reichsabteilung C (Handel und Verkehr) an Stelle von August Reih Otto Schreiber betraut. Alle Beschlüsse in den Personalfragen wurden einstimmig gefaßt.

Einstimmig beschlossen wurde die Verlegung des für Anfang November vorgesehenen Verbandstages auf einen späteren Zeitpunkt.

Reih berichtete über die finanzielle Lage der Organisation.

An Unterstützungen sind im Jahre 1931 über 12 Millionen Mark ausgezahlt worden.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1932 zeigt ein weiteres Anwachsen der Aufwendungen für die Opfer der Wirtschaftskrise. Den gewaltigen Anforderungen, im besonderen für Arbeitslosenunterstützung, stehen Mindereinnahmen an Beiträgen durch Lohn- und Gehaltsstürzungen sowie durch Kurzarbeit gegenüber. Von den Mitgliedern des Gesamtverbandes sind zur Zeit 115.000 arbeitslos, 158.000 Kurzarbeiter und 42.000 Invaliden und Pensionäre. Nur die Hälfte der Mitgliederzahl zahlt zur Zeit volle Beiträge. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden zu einem erheblichen Teil einstimmig, zum Teil mit großer Mehrheit beschlossen.

Die Tagung des Beirats, die in so ernster Zeit stattfand, zeigte in allen Entscheidungen und Beschlüssen den eisernen Willen der verantwortlichen Körperschaften, die Organisation über die Gefahren dieser Zeit hinwegzubringen und unerschütterlich den Abwehrkampf gegen die Mächte der Reaktion zu führen.

# Die Wertmeister tagen.

## In Kampfstellung.

Nach Konstituierung des Büros erstattete der Verbandsvorsitzende Buschmann den in Nr. 265 des „Vorwärts“ besprochenen Geschäftsbericht. Bezugnehmend auf die große Arbeitslosigkeit sagte Buschmann, die Mehr- und Ueberarbeit sei keineswegs beseitigt. Den Sonntagsdienst eingerechnet, haben wir auch heute noch auf verschiedenen größeren Betrieben Arbeitszeiten bis zu 280 Stunden monatlich.

Scharfe Kritik übte er an der Arbeitsgerichtsbarkeit, besonders an der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts.

Die Verwaltung des Deutschen Wertmeister-Verbandes ist äußerst umfangreich. Der Personalbestand wurde trotz Zunahme des Geschäftsverkehrs eingeschränkt.

Die Eingliederung der stellenlosen Kollegen in den Verband und die Gewährung einer angemessenen Stellenlosen-Unterstützung sei die Sorge, die der Verband heute habe. Die Schrumpfung der Wirtschaft zieht auch eine Schrumpfung im Verbands nach sich. Die Verhältnisse werden nicht besser sondern schlechter. Auf die veränderten Verhältnisse müsse sich der Verband einstellen und entsprechende Satzungsänderungen vornehmen.

Der Verband befindet sich wie alle deutschen Gewerkschaften in einem gigantischen Abwehrkampf.

Die politische und soziale Reaktion zeigt jetzt unverhüllt ihr Haupt. Die Nationalsozialistische Bewegung hat im

Deutschen Wertmeister-Verband nicht Fuß fassen können. Der Verbandsvorstand nahm zu ihr von vornherein eine klare Stellung ein. Darum bekennst sich auch der Verband zur Eisernen Front. Die Verteidigung der Demokratie und der Weimarer Verfassung ist unbedingt erforderlich, weil sie Lebensfragen für die Gewerkschaften und den Verband bedeuten. Das hebt keineswegs die parteipolitische Neutralität des Verbandes auf.

Der Verbandsvorsitzende nimmt dann zu den Plänen zur Arbeitsbeschaffung Stellung, die er die dringendste Aufgabe seit Jahren nennt.

Nach eifriger Diskussion zum Geschäftsbericht erstattete der Verbandskassierer Gustav Schüring den Kassenbericht.

In der Nachmittags Sitzung sprach Dr. Croner über das Schicksal der Sozialversicherung. In seinem weit ausholenden Referat erinnerte er zunächst an den Abwehrkampf der Gewerkschaften gegen den Abbau der Sozialversicherung, der besonders aus zwei Jähren am eindringlichsten hervorgehe. Für Vorforgemaßnahmen aller Art einschließlich der Sozialversicherung sind 1929 insgesamt 9,3 Milliarden ausgegeben worden, 1931 aber 9,8 Milliarden, obwohl im gleichen Zeitraum sich die Zahl der Unterstüttigten um 50 Prozent vermehrt hat. Im Mittelpunkt des Kampfes habe die Arbeitslosenversicherung gestanden, deren Existenz durch die Krise besonders gefährdet sei. Die Gewerkschaften würden sich mit aller Kraft gegen eine Beseitigung der Arbeitslosenversicherung wehren. Ihre Beseitigung läme einem gegenrevolutionären Akt größter Tragweite gleich. Das von den Nazis unterstüttigte Kabinett von Papen beabsichtige statt einer Sanierung einen radikalen Abbau der Sozialversicherung. Der zweite Vorstoß richte sich vor allem gegen das Kündigungs-schutzgesetz für ältere Angestellte. Disziplin, Aktivität und Geschlossenheit bieten die Gewähr, daß es auch den Naziparolen nicht gelingen werde, der arbeitenden Bevölkerung ihre unveräußerlichen Menschenrechte zu rauben.

# Kein Streik im Kohlenhandel.

## Der Schiedsspruch angenommen.

Die Unternehmer im Berliner Kohlenhandel haben die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses beantragt, der für alle Kohlenarbeiter einen Abbau der Löhne um 8 bis 10 Prozent vorsieht. Gestern ist bei dem Schlichter für den Bezirk Brandenburg über diesen Antrag verhandelt worden. Die Bemühungen des Schlichters, die Parteien zu einer günstigeren freien Vereinbarung zu bewegen, stießen auf den heftigsten Widerstand der Unternehmer. Die Verhandlungen wurden schließlich ergebnislos abgebrochen.

Die in sämtlichen Betrieben des Berliner Kohlenhandels durchgeführte Urabstimmung hat die statutarisch notwendige Dreiviertelmehrheit für einen Streik nicht ergeben, so daß der Schiedsspruch auch für die Kohlenarbeiter als angenommen gilt. Ungeachtet der noch ausstehenden Entscheidung des Schlichters muß der Konflikt als endgültig beigelegt betrachtet werden.

# Scharfmacher in der Holzindustrie.

## Willkürlicher Abbau bei der Firma Hecht & Co.

Die Erklärungen der Reichsregierung über den „Wohlfahrtsstaat“ stacheln den Ehrgeiz der Unternehmer im Betriebe zu neuen Taten an. Eine bekannte Firma der Berliner Holzindustrie, die Firma Hecht & Co., die in den letzten Monaten in Doppelschichten noch über 200 Arbeiter beschäftigte, hat von ihren Angestellten ultimativ unter Berufung auf die berüchtigte Unkostenfenzung verlangt, daß sie mit einem sofortigen Gehaltsabbau von 15 bis 23 Proz. rückwirkend ab 1. Juni einverstanden sein sollen. Ohne Mitwirkung der Betriebsvertretung sollen die Gehälter einfach durch Diktat herabgesetzt werden.

Als die Betriebsvertretung darauf aufmerksam machte, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen bei einer Veränderung der Gehaltsbezüge die Kündigungsfristen des Einzelarbeitsvertrages oder des Kündigungsschutzgesetzes eingehalten werden müssen, wurde ihr erklärt, daß dies überhaupt nicht mehr in Frage kommen könne. Diese gesetzlichen Bestimmungen seien eben die Hindernisse für das Weiterbestehen der Betriebe und müßten unbedingt beseitigt werden. Die Firma ist offenbar der etwas überstürzten Meinung, daß Hitler schon am Ruder sei.

Diese Einstellung der Geschäftsleitung ist um so bemerkenswerter, als sie bisher keine Gelegenheit veräußt hat, ihr „soziales“ Verständnis zu betonen. Die Angestellten haben geschlossen diesen rigorosen Abbau ihrer an sich schon niedrigen Gehälter einstimmig abgelehnt. Sie müssen aber erkennen, daß die Abwehr der reaktionären Unternehmerforderungen nur möglich ist durch einen restlosen Zusammenschluß in den zuständigen freigewerkschaftlichen Organisationen.

### Wagung, Eisenbahner!

Heute, Dienstag, 14. Juni, um 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, Versammlung aller im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands organisierten Parteigruppen. Tagesordnung: Die politische und organisatorische Lage der Eisenbahner im Reichsbahnbetrieb. Referent: Parteigruppenleiter Wilhelm Dörsel. Wir bitten alle Genossen, recht viele Propaganda zu erhalten. Gewerkschafts- und Parteibuch legitimieren. Verbandsbuch der NSDAP-Eisenbahner.

# Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Dienstag, 14. Juni, um 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, Versammlung aller im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands organisierten Parteigruppen. Tagesordnung: Die politische und organisatorische Lage der Eisenbahner im Reichsbahnbetrieb. Referent: Parteigruppenleiter Wilhelm Dörsel. Wir bitten alle Genossen, recht viele Propaganda zu erhalten. Gewerkschafts- und Parteibuch legitimieren. Verbandsbuch der NSDAP-Eisenbahner.

# Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Lichtabend: Jugendheim Gutertr. 44. Ausfahrt: Unter Verband, kein Ziel, keine Einzahlungen, keine Jugendbeiträge. — Nordwest: Jugendheim Richterstraße 18-19. Schallplattenabend: Arbeitsbeschaffung — Arbeitsmarkt. — Reichsbanner: Jugendheim Schönebergstr. 1. Ausfahrt: Was brauchen wir die Arbeiterbewegung? Vortr.: Bonn. — Spiele im Freien ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Köpenick. — Handballer: Trainingsspiele auf dem Sportplatz Jungfernhagen.

Verantwortlich für Politik: Victor Schill; Schriftf.: G. Altmeyer; Gewerkschaftsbewegung: S. Strauer; Jugendleiter: Dr. John Schilowatz; Verleser und Kassierer: Fritz Rüntner; Kassierer: Th. Glöde; Schriftf. in Berlin: Verlag: Bornstedt-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornstedt-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstraße 4. Hierzu 2 Beilagen.



# Schulespielen auf der Treppe

Berliner Kindern beim Spielen zuzusehen, ist zur Sommerszeit eine der wenigen Möglichkeiten, sich ohne Geldausgaben lässlich zu amüsieren. Wo der Verkehr sich nicht zu toll gebärdet, hat die kleine Gesellschaft rasch einen Teil des Bürgersteiges besetzt. Dort freilich, wo ein Spielplatz zur Verfügung steht, erscheint das Spiel der Kinder von verwirrender Mannigfaltigkeit. Von den Kleinsten angefangen, die mit mehr oder weniger lauter Begeisterung im Sand buddeln, bis zu den „Großen“, die alle Laufspiele bevorzugen, ist eine reiche Zwischenstufe, die sich in ihren einzelnen Phasen am besten auf der Straße beobachten läßt. „Himmel und Hölle“ dominiert als beliebtes Spiel. Aber auch „Hopse“ und „Mutter, Mutter, wieviel Schritte darf ich gehen“ findet immer wieder seine Anhänger. Das Pflaster ist mit Kreideeinteilungen bedeckt. Neben dem strengen Grundriß für „Himmel und Hölle“ die ersten figürlichen Versuche, daneben schmeichelhafte Bemerkungen in steiler, ungesenkter Schrift über noch gestern gute Freundinnen. Auf dem glatten Asphalt furren die Koller, Bettläufe werden veranstaltet und der Gewinn in Bekorenes umgelegt. Hier und da gibt's auch einen glücklichen, vielbesetzten Kollschuhläufer, von dem man in ganz seltenen Fällen sogar die Kollschuhe auf fünf Minuten geborgt bekommt. Aber auch das Schulespielen hat seine Anhänger. Auf den Stufen vor dem Hauseingang hat sich die Schülerchoir placent, die in der Mehrzahl aus nicht schulpflichtigen Kindern besteht. Ihnen



sieht man auf den ersten Blick den Ernst der Situation an: „nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernen wir“, denkt man unwillkürlich bei ihrem Anblick. Augenfällige Wiße des Lehrers werden mit einem vorsichtigen Nicken quittiert.

Der Lehrer muß Respektsperson bleiben, sonst hat die ganze Sache keinen Witz. Und die kleinen Mädchen mit dem kurzgeschnittenen Haar drücken die mitgebrachten Puppen eng an sich und hängen am Mund des Lehrers: denn Schule, das ist eine sehr wichtige Angelegenheit.

# Strafanträge im Waldhof-Prozeß

## Prügelstrafe als Bestandteil einer Weltanschauung

Im Waldhofprozeß in Prenzlau beantragte der Ankläger gestern für den Angeklagten Franke neun Monate Gefängnis, für Stein drei Monate, für Rüche mann einen Monat, für Jaap zwei Monate, für Benda drei Monate, für Leichter ein Jahr Gefängnis, für den Angeklagten Knublauch Freispruch. Zur Begründung seiner Strafanträge führte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Gütler aus, daß die Anklage durch die Beweisaufnahme in vollem Maße bestätigt worden sei. Sie habe auch ergeben, daß in Waldhof die Prügelstrafe gewissermaßen „weltanschaulich“ betrieben worden sei; es handle sich darum, ob dieses System oder das der Mißde in der Erziehung den Sieg davontragen soll. Das Prügeln ist aber durch das Ministerium für Volkswohlfahrt verboten; die Anklagen haben sich danach zu richten.

Der Staatsanwalt hat Recht. Die Beweisaufnahme hat nicht nur in vollem Umfange bestätigt, daß die Angeklagten in unmenschlicher Weise die ihnen anvertrauten Jungen mißhandelt haben, sondern sie hat auch ergeben, daß sie bewußt dem Prügelssystem ihres Herrn und Meisters, des Leiters der Anstalt, Pfarrer Grüber, gefolgt sind. Die Bemühungen des Rechtsanwalts Sack, die Zurechnungen in burschiföser Weise zu bagatellisieren, hätten ebenso wenig Erfolg wie die Versuche, die jugendlichen Zeugen, die Opfer der Waldhofer Erziehung, einzuschüchtern. Man operierte auch, wie immer in solchen Prozessen mit den früheren Vorstrafen der jungen Leute, um sie als unglaubwürdig hinzustellen. Man lehnte es aber ab, die von R.-M. Dr. Löwenthal beantragten Zeugen zu loben, die bekunden sollten, wie Pfarrer Grüber sie geprügelt hat. Mit anderen Worten: Man hielt es für überflüssig, die Glaubwürdigkeit des Herrn Pfarrers nachzuprüfen, der im Gerichtssaal bestritten hatte, auch selbst geprügelt zu haben. Pfarrer Grüber ist aber heute noch Leiter von Waldhof. Die Vernehmung der vom Nebenkläger benannten Zeugen hätte vielleicht diesen Mann unschädlich gemacht. Nicht umsonst hat selbst der Staatsanwalt angesichts der Erklärung des Rechtsanwalts Dr. Löwenthal, daß er unter den gegebenen Umständen der Verhandlung nicht mehr beiwohnen könne, erklärt, daß auch er gern gesehen hätte, wenn den Beweisanträgen in vollem Umfange stattgegeben worden wäre.

Nicht unerwähnt bleiben darf das Gutachten des Anstaltsarztes Dr. Triloff; auch er verurteilte, die Jungen als unglaubwürdig hinzustellen. Dieser Anstaltsarzt hat es unter anderem fertiggebracht, die durch Knüppelschläge verursachte Quetschung und Schwellung eines Armes in seinem Attest nicht als Mißhandlung zu bezeichnen. Daß aber nicht nur die Angeklagten, sondern noch andere Erzieher geprügelt haben, ergab unter anderem die Aussage des Erziehers Bachmann. Auf die Frage des Nebenklägers, ob er nicht selbst zwei Jünger mit einem dicken Knüppel über den Kopf geschlagen habe, verweigerte er die Aussage. Er wußte, warum er das tat. Den Vorgang, wie drei Erzieher den lungentranken Jüngling Schulz abwechselnd ins Gesicht geschlagen haben und dieser dann von Franke mit einem Lederriemen bearbeitet wurde, wollte er nicht gesehen haben.

Das Gericht wird heute über die Angeklagten sein Urteil fällen. Das Volk hat sein Urteil über die Anstalt Waldhof bereits längst gefällt. — Mag Pfarrer Grüber weiter Direktor bleiben oder nicht — für die Öffentlichkeit ist er der Prügelpfarrer.

## Tausend gegen einen!

### Zwei Ueberfallkommandos mußten aufgeboten werden.

Durch die unbegreifliche Unvernunft einer größeren Menschenmenge, die noch dazu von gewissenlosen Burschen aufgewiegelt wurde, kam gestern ein Schupo-Beamter in der Großen Frankfurter Straße in eine üble Situation. Der Beamte, der auf der Straße seinen Patrouillendienst verfab, bemerkte vor dem Restaurant in dem Hause Nr. 142 mehrere Männer, die auseinander einschlugen. Der Schupo verfuhrte die feindlichen Gruppen zu trennen. Die ganze Wut der Rowdys richtete sich nun gegen den Beamten und in seiner Bedrängnis mußte er sein Seitengewehr ziehen. In wenigen Minuten sammelten sich über tausend Menschen und für den Beamten war Schlimmstes zu befürchten. Glücklicherweise hatte ein Bewohner der Großen Frankfurter Straße das Ueberfallkommando telephonisch alarmiert. Da sich die Menschenmenge aber vollkommen ungebärdig und jügellos benahm, mußte

noch ein zweites Ueberfallkommando herbeigerufen werden. Erst dann konnte die Straße freigemacht und zwei Haupttäfelsführer festgenommen werden.

# Die Polizei steht zur Verfassung

## Antwort auf einen Antrag der Nazi-Landtagsfraktion.

In einer stark besuchten Funktionärversammlung im großen Saale der Kammeräle nahmen die Berliner Funktionäre des Preussischen Polizeibeamten-Verbandes, des sogenannten Schrader-Verbandes, Stellung zu dem Antrag der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, ihren Verband zu verbieten. Der Verbandsvorsitzende Schrader zeigte in eindringlichen Worten, daß die Versprechungen, die die Nazis allen Berufsgruppen, auch der Polizei, gemacht haben, ohne konkrete und bestimmte Programmpunkte für die Beamtenschaft sind und nur Agitationszweck haben. Nicht anders ist es auch mit dem Antrag der Nazi-Landtagsfraktion, der da fordert, den Verband aufzulösen und sein Vermögen zu beschlagnahmen. Die Koalitionsfreiheit sowie alle Wohlfahrtsleistungen des Verbandes sind aber nach wie vor gesichert und die Nazis hoffen nur, mit ihrem Antrag Unruhe und Bestürzung in die Kreise der Polizeibeamten bringen zu können, um dann, wenn dies geschehen, ihre Verjegungspolitik zu treiben. Schrader erklärt, oft von starkem Beifall unterbrochen, daß seit dem Tage der Revolution der Verband unermüßlich seine Pflicht getan, sich sowohl für die Republik als auch für die Berufsstände der Beamtenschaft eingesetzt habe und dies nach wie vor tun werde. Mit dem Appell, weiter treu zur Demokratie, zur Republik und zum Verband zu stehen, schloß er unter starkem Beifall seine Ausführungen.

In der Diskussion wurde von allen Rednern im gleichen Sinne gesprochen und einmütig kam der Wille der Berliner Funktionäre zum Ausdruck, sich durch nichts, weder durch Angriffe noch durch Versprechungen der Nationalsozialisten, von ihrer bisherigen geraden Linie abbringen zu lassen. In einer Entschlieung, die einstimmig angenommen wurde, wird im wesentlichen betont, daß die Vertreter der rund 20000 Berliner Polizeibeamten sich gegen die Behauptung, der Verband müßte aus Gründen der Sauberkeit und Moral aufgelöst werden, schärfstens protestieren. Aus innerster Ueberzeugung haben die Polizeibeamten ihren Treuechwur auf die Reichsverfassung für die Republik geleistet und sich in der Verbandsbewegung zur demokratisch-republikanischen Staatsform bekannt; sie werden dies auch weiter tun. Weiter wird in der Entschlieung erklärt, daß die Polizeibeamten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Erhaltung der ihnen aus der Reichsverfassung — Artikel 124, 130 und 151 — gewährleisteten staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechte kämpfen werden.

## So werden Vermögen gemacht.

### Billiger Einkauf in der Schweiz, teurer Verkauf in Deutschland

Leipzig, 13. Juni.

Vor dem gemeinsamen Leipziger Schöffengericht hatte sich der jetzige kaufmännische Vertreter, frühere Kapitänleutnant Kurt Herrmann aus Leipzig wegen Vergehens nach den §§ 7 und 8 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Denkbewirtschaftung vom 1. August 1931 zu verantworten. Wegen Gefährdung der Staatsicherheit war die Vollstreckung ausgeschlossen.

Herrmann besaß aus einer Erbschaft und aus Erpartem ein Vermögen von 18000 Mark, um das er wegen der wirtschaftlichen Entwidlung in Deutschland besorgt war. Er entschloß sich daher, dieses Vermögen über die Grenze zu schaffen und in ausländischen Papieren nach seiner Auffassung sicher anzulegen. Mitte Februar 1932 fuhr er nach Zürich, ohne die Genehmigung der Stelle zur Denkbewirtschaftung oder der Reichsbank zur Ausführung von ständigen Mitteln zu haben. In Zürich rief man ihm, nicht ausländische Effekten, sondern deutsche Wertpapiere zu kaufen und sie, da die Kurse in der Schweiz viel niedriger waren als in Deutschland, mit gutem Gewinn in Deutschland zu verkaufen. Tatsächlich verkaufte er die in der Schweiz billig gekauften Papiere mit erheblichem Gewinn nach Erfurt und Leipzig. In der Folgezeit fuhr er dann achtmal nach der Schweiz und brachte im ganzen 270000 Mark über die Grenze, an denen er etwa 36000 Mark verdiente. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr drei Monate Zuchthaus und 270000 Mark Geldstrafe. Das Gericht aber sah den Fall nicht als so schwerwiegend an und verurteilte Herrmann zu acht Monaten Gefängnis und 37000 Mark Geldstrafe, an deren Stelle im Falle der Uneinbringlichkeit weitere sechs Monate Gefängnis treten sollten. Sechs Wochen gelten durch die Untersuchungshaft als verbüßt.

**100%**  
**QUALITÄT**

**Entscheiden Sie sich  
darum für Juno.**

dann haben Sie für niedrigen Preis  
eine vollwertige Cigarette in großem  
dicken Format und von köstlicher Frische.

**JUNO**

kann dieses ihren Freunden bieten, weil sie weder  
Wertmarken noch Gutschein noch Stickereien bringt.

**Gibt es für Sie da eine andere Wahl?**





# Der Geschwistertotschlag.

## Statt acht Jahre Zuchthaus fünf Jahre Gefängnis.

Das Landgericht Frankfurt a. D. verurteilte im September v. J. den 51-jährigen Ernst W. wegen Totschlags an seinem Bruder und seiner Schwester zu 8 Jahren Zuchthaus. Das Reichsgericht hob aber das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht II Berlin. So hatten Stäbter über einen Fall zu Gericht zu sitzen, der nur aus den besonderen ländlichen Verhältnissen zu verstehen war.

Allerdings war der Angeklagte selbst mehr Städter als Landwirt. Als Fünfzehnjähriger verließ er sein Vaterhaus, wurde Schiffszimmermann und besah zuletzt jahrelang einen gutgehenden Seifenladen in Berlin. Seine Sehnsucht gehörte aber dem östlichen Gut in Glienicke-Ausbau, das von dem ältesten Bruder August schlecht bewirtschaftet wurde. Ernst W. hing aber an der ererbten väterlichen Scholle mit so leidenschaftlicher Hingabe, daß er dem älteren Bruder half, so viel er konnte; er gab Geld zum Ankauf von Pferden und Kühen und bezahlte laufende Rechnungen. Das väterliche Erbe sollte nicht zugrunde gehen. Mit der Zeit hatte er 8000 Mark hineingesteckt. Und eines Tages ging er auf Augusts Vorschlag ein, das Gut ganz zu übernehmen. Seine Geschwister, der August, Emil und Emilie, sollten es aber bei ihm gut haben. Er schloß mit ihnen einen Ausgebungsvertrag: Sie erhielten das Anrecht auf volle Befristung, freie Führen, Arznei, Kleidung usw. Das machte jährlich allein 3000 M. Hypotheken kamen hinzu; auch einen Arbeiter mit 2000 M. übernahm er. Falls er das Gut verkaufte, hatte er den Geschwistern 6000 M. bar auszuzahlen. Er stückte das Haus auf, damit die Geschwister bessere Wohnungen hätten. Das kostete weitere 8000 M. Die Geschwister, insbesondere Emil und Emilie konnten es aber nicht erwinden, daß nun der Städter Herr auf dem Gute sein sollte; sie schiftenierten den Bruder auf jede Weise, verkauften das Vieh ohne sein Wissen, vergifteten die Schweine und Hühner, und strengten einen Prozeß nach dem anderen an, insbesondere, als Ernst seit dem Jahre 1929 nicht mehr in der Lage war, für ihre Befristung zu sorgen. 18 Prozesse waren es in knapp fünf Jahren. Das Gut konnte die Lasten nicht tragen, es lief Gefahr, versteigert zu werden. Auf dem Ausbau herrschte Todfeindschaft. Ernst W. trug sich mit dem Gedanken, das Gut zu verkaufen. Wo sollte er aber die 6000 M. bares Geld hernehmen, um sie den Geschwistern auszuzahlen? Am 12. Januar v. J. wurden dem W. zwei neue Klagen eingehändigt, am 13. März zwei weitere. Jetzt sollte er einen unheilvollen Entschluß. Er begab sich in das Zimmer seiner Geschwister und bat sie, zu unterschreiben, daß sie auf die 6000 M. verzichteten, wurde aber nur beschimpft. Sein Bruder Emil holte ein altes Gewehr, Ernst zog seinen Revolver und schoß, tief in die Küche, lud noch einmal seinen Revolver;

ergriff auch ein Stemmessen. Die Schwester Emilie trat ihm mit einer Axt entgegen. Nun schoß Ernst W. mehrmals und schlug mit dem Stemmessen wie wild auf seine Geschwister ein. Schläge und Schüsse waren tödlich. Hinterher sagte W. von sich: Ich habe mich wie eine Bestie benommen.

Vor Gericht zeigte Ernst W. tiefe Reue und konnte sich nicht erklären, wie es zu all dem gekommen war. Die Dorfbewohner stellten ihm aber das beste Zeugnis aus und der Staatsanwalt fand für seine Tat Verständnis und beantragte 6 Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte W. unter Jubelzugabe mildernder Umstände und Anrechnung der gesamten Unteruchungshaft zu 5 Jahren Gefängnis.

# Volksfront gegen Hitler-Barone!

## Unsere nächsten Betriebsveranstaltungen:

- AEK-Ackerstraße.** Dienstag, 14. Juni, 15½ Uhr, Versammlung im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42: „Die freien Gewerkschaften im politischen Kampf“. Referent: Franz Künstler, M. d. R.
- SPD-Fraktion des Bezirksamts Neukölln.** Dienstag, 14. Juni, 19½ Uhr, im Bürgersaal Neukölln, Bergstr. 147, SPD-Fraktionsversammlung: „Der Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterklasse“. Referent: Dr. Richard Lohmann. Neuwahlen. Parteibuch ist zwecks Kontrolle mitzubringen.
- SPD-Betriebsfraktion des Arbeitsamts Mitte.** Donnerstag, 16. Juni, 16½ Uhr, im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41. Fraktionsversammlung: „Die politische Situation und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. Referent: Bernhard Göring.
- BVG. Betriebshof 3 Nordend.** Donnerstag, 16. Juni, 19½ Uhr, Lokal Sanssouci, Kaiser-Wilhelm-Str. 42, Verbandsversammlung: „Politische und wirtschaftliche Lage“. Referent: David Stetter.
- Justizbeamte.** Donnerstag, 16. Juni, 16 Uhr, bei Brandis, Straßauer Str. 10, Fraktionsversammlung: „Politische Lage und die Justiz“. Referent: Dr. Alfred Gurau.
- Siemens-Plania-Werke A.-G.** Freitag, 17. Juni, 16½ Uhr, bei Schöneberg, Lichtenberg, Moellendorffstr. 53/54, Hammer-schaftsversammlung: „Der Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft“. Referent: Alfred Markwig.
- Nord-Süd-Bahn, Werkstatt Müllerstraße.** Donnerstag, 16. Juni, 16 Uhr, bei Grünwald, Kameruner Str. 19, Fraktionsversammlung: „Der Kampf um den neuen Reichstag“. Referent: Gottlieb Reese.

# Nazi als Kulturanarchist.

Er hat das Caputher Kunstwerk zerstört.

Vor kurzem teilten wir mit, daß der bekannte Ostbaugemeinde Caputh bei Potsdam ein wunderbares Kunstwerk, die „Rauernde“ des Bildhauers Ruhnert-Charlottenburg, der Gemeinde von Freunden geschenkt und öffentlich aufgestellt, nachts von brutaler Hand zerstört worden war. Die Empörung über diese sinnlose Zerstörung war in Caputh allgemein. Der einträchtigen Zusammenarbeit der Bevölkerung mit den örtlichen Polizeibehörden und dem von der Landbestimmungsstelle nach Caputh entsandten Kriminalbeamten wurde ist es nun gelungen, die Täter zu ermitteln. Der Haupttäter ist — wenn kann es noch befremden — natürlich wieder ein Nationalsozialist, und zwar ein gewisser Erich Stoyte aus der Johann-Hus-Straße in Berlin, dessen Vater in Caputh ein Obstdirigier hat und der sich seit einiger Zeit unangemeldet in Caputh aufhält. Stoyte hat sich zuletzt als Austräger des „Angriff“ betätigt. Als Mittäter kommt ein ortsansässiger Schneider namens Luis Gram in Frage, der früher einmal Mitglied des Stahlhelm war, jetzt aber angeblich nicht organisiert sein soll. Beide haben die gemeine Tat nachts gemeinsam ausgeführt. Sie bedeckten das Bildwerk zunächst mit einem Tuch, damit die Schläge in der stillen Nacht nicht so deutlich hörbar waren, und dann zertrümmerten sie in wilder Zerstörungswut das schöne Kunstwerk mit einem Zuschlaghammer.

Die Angelegenheit wird nunmehr dem Staatsanwalt beschlagnahmt. Fest steht aber das eine heute schon, daß ein Angehöriger des angeblich urdeutschen Nationalsozialismus ein ganz aus deutschem schöpferischem Kunstempfinden entstandenes Werk in sinnlosem Haß zerstört hat.

# Lagerwiesen frei!

## Eine erfreuliche Maßnahme des Bezirksamtes Wedding.

Nur ein sehr geringer Teil der Berliner Bevölkerung wird in diesem Jahre während der Sommerferien verreisen oder auch nur in die weitere Umgebung Berlins fahren können. Das sozialdemokratisch geleitete Bezirksamte Wedding beabsichtigt deshalb, Grünflächen in einzelnen Anlagen für die Bevölkerung zum Lagern freizugeben, und zwar Bürgerwiese Rehberge während der großen Ferien täglich außer Montags, Schillerpark vom 20. Mai ab am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag jeder Woche, während der großen Ferien täglich, Humboldthain während der großen Ferien am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag jeder Woche.

Sämtliche Lagerwiesen stehen der Bevölkerung an den genannten Tagen von 9 bis 21 Uhr zur Verfügung. Für die Kleinen befinden sich im Humboldthain, Schillerpark und Volkspark Rehberge Bänke.

Die Verwaltung rechnet bei der Freigabe mit der Einsicht der Besucher, die sicherlich gern mitbeisehen werden, die Anlagen sauber zu erhalten und vor Beschädigungen zu bewahren. Gern hätte die Parkverwaltung auch die Lagerwiesen im Volkspark Rehberge und Humboldthain außerhalb der Ferien freigegeben; hier müssen aber große Flächen in diesem Jahre nachgesät werden, und es muß deshalb eine längere Schonzeit bis zum nächsten Jahre vorgesehen werden.

# Autounglück in Westfalen.

## 12 Schwer- und 15 Leichtverletzte.

Am Montagmorgen ereignete sich in Hagen ein schweres Autounglück. Ein Lieferwagen mit Sängern aus Sterkrade fahrte auf unbekannter Ursache in der Seibeder Straße in einer Kurve die vier Meter hohe Uferböschung hinunter und überschlug sich. Somit bisher festgestellt werden konnte, sind 27 Personen verletzt, darunter 10 bis 12 schwer. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht festgestellt werden, da der Chauffeur, der ebenfalls schwere Verletzungen erlitt, noch nicht vernunftfähig ist.

Ungetreuer Sparkassenbeamter. Der Angestellte der Städtischen Sparkasse Solingen, Ernst Knecht, der Jahre hindurch Gelber perennant hatte, wurde zu 3½ Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Knecht hatte das Geld hauptsächlich auf Kumpeln durchgebracht.

# Auftakt zu den Elternbeiratswahlen.

## Niederlage der Nazis in Neuenhagen-Hoppegarten.

Unter dem Deckmantel „Christlich-unpolitisch“ haben diesmal die Nazis den Wahlkampf um den Elternbeirat in Neuenhagen-Hoppegarten geführt. Die Herrschaften, die zur Abwechslung unter einer unpolitischen Maske die Elternschaft irreführen wollten, haben trotz eifriger Hilfe der Kirche eine schwere Niederlage erlebt. In dem aus dem Amt geschiedenen alten Elternbeirat befaßen die damals noch nicht naziverfärbten „Christlich-unpolitischen“ mit sieben Mandaten gegen drei sozialdemokratische und ein kommunistisches die überwiegende Mehrheit. Am Sonntag hat die Neuenhagener Elternschaft den christlichen sowohl wie den unpolitischen Nazis gezeigt, daß sie nicht gewillt ist, die Volksschule zum Tummelplatz nationalsozialistischer Verhegung zu machen. Von 292 abgegebenen Stimmen erhielt die christlich-unpolitische Liste 186 und 6 Mandate, die sozialdemokratische Liste „Schulaufbau“ 85 und 4 Mandate und die kommunistische Liste „Rote Einheitsfront“ 71 Stimmen und 3 Mandate. Damit ist die Mehrheit der „Christlich-unpolitischen“ bekräftigt und ihr Einfluß auf die Schule gebrochen. Wie provokatorisch die Nazis auftraten, zeigte ihr Benehmen im Wahllokal. Ihr Spitzenkandidat, der Sparkassenrentant Stro-

wald begrüßte seine Gefolgschaft mit dem Hitlergruß und selbst ein Reichsbahnbeamter mit Dienstinähe und schwarz-rot-goldener Kolarde befaß die Unverschämtheit, den Wahllokalstand mit „Heil Hitler“ zu begrüßen. Es wird wohl auch die Zeit nicht allzu fern sein, wo die Herrschaften merken werden, daß sie sich doch etwas vorzeitig „umgestellt“ haben.

# Fall Sklarek = Fall Tippelskirch.

Im Sklarek-Prozeß brachte die Fortsetzung der Verteidigerreden das Bild der des Justizrats Dr. Werthauer für den Angeklagten Bürgermeister a. D. Schneider. Der Verteidiger bezeichnete den Fall Sklarek als keineswegs einzigartig. Er verglich ihn mit dem berühmten Fall Tippelskirch aus der Vorkriegszeit, wobei nur der Unterschied bestehe, daß die Waren der Sklareks prima gemessen wären im Vergleich zu den Schuhsohlen von Tippelskirch, die den deutschen Kolonialsoldaten nach drei Tagen von den Schuhen gefallen seien. Zu weiteren Vergleichen zog er den Dewaheim-Prozeß, den Raiffeisen-Prozeß und auch den Fall Kreuzer heran. Unzutreffend sei auch die Verallgemeinerung über einen „Berliner Sumpf“. Schneider habe in keinem Fall pflichtwidrig gehandelt, und aus dieser Tatsache ergebe sich notwendigerweise seine Freisprechung.



# San Hus. Der letzte Tag.

„Rein, voller Ernst, Vater Birmin. Mit dem Böhmen ist es Matthäus am letzten. Der hört morgen das Hallelujah in Teufels Küche singen!“  
„Schad' um den Mann! Aus dem hätt' was werden können! Hätt' ich seine Gabe gehabt, ich meine die des Wohlredens, ich wäre längst schon Fürst, müßte nicht mehr auf Bettelfahrt, hätte hundert Faß Wein im Keller und bräuchte mich nicht mehr mit futternelischen Scheißkerlen herumzuquengeln. Aber er verstand die Hauptsache nicht, der gute Hus!“  
„Welche Hauptsache?“  
„Das Augenwundern. Er hat gebissen, was ihn nicht brannte. Nun hat er den Salat. Merk's euch, ihr siedigen Keher, nehmt es zur Warnung, beleidigt nie etwas Geistliches!“  
„Warum nicht?“  
„O du von der Wurzel auf verdorbener Stockzahn, warum nicht! Darum, weil schon auf der ersten Seite der Bibel steht: Rühret keinen Mönch an, sonst knoppen alle Ruttenspitzen bis nach Rom!“  
„Prost, Vater Birmin!“  
„Prost! Prost!“  
Der alte Bettelmönch wird beinahe nicht mehr fertig mit Bescheidenheit und Zutrinken.  
„Hi Büßt bringt einen neuen Humpen. Der Vater schaut nachdenklich das Hambacher Blut an:  
„Es müßte so kommen. Es konnte kein anderes Ende nehmen. Wo Gott eine Kapelle hat, baut der Teufel sein Münster daneben. Und das Münster dieses gefahrenen Magisters war groß. Ich hab seinen Zulauf vor drei oder vier Jahren in Prag gesehen. Gewaltig war's. Gewaltig auch, wie er gegen den Papst als Antichrist geschrien.“  
„Hast du ihn denn verstanden?“ fragte Blarer, ein Dolmetsch des Dmüger Begaten.

„Was soll ich ihn nicht verstehen, ich bin doch selber ein Böhmi!“  
„Vater Birmin ein Böhmi!“ lacht der Schulzhetri. „Deht begreif ich erit, warum's im Sprichwort heißt: Deutsche Krasten, welsche Ardacht, eine schwäbische Nonne, eine polnische Brücke und ein böhmischer Mönch gelten eine Bohne! Haha, Vater Birmin ein Böhmi!“  
„Was ist da zu lachen, Kehergäuche. Irgendwo muß ein jeder daheim sein, wenn er aus Mutterleib kommt. Was kann ich dafür, daß meine Wägel in Böhmerland gestanden; deine, du rohnäsig Einbein, stand wahrscheinlich in Karrenland!“  
„Du wollest doch von deinem Hus erzählen!“  
„Ja, von seinem Papijgeschrei!“  
„Von Prag!“  
„Schreit nicht gleich zu dreien auf einmal! Ich bin nicht taub. Denn wenn ich taub wär, hätt' ich damals nicht gehört, wie nach einer feiner Predigten ein eisgrauer Bauer zu ihm kam und sprach: Mein lieber ehrlicher Herr Magister, sag uns doch auf böhmisch, was heißt denn ein Papij oder ein Kardinal? Du hast doch sicher schon manchen von ihnen gesehen, daß du in einemfort von ihnen predigst und redest. Sagt Magister Johannes: Mein lieber, guter Mann, ich habe weder Papij noch Kardinal gesehen und begehr sie auch nicht zu sehen. Der Bauer sagt: Warum dann predigst du von ihnen und lästerst den, den du nicht gesehen oder probiert hast? Ich bin, traun, einmal mit meinem Vater zu Rom wallfahrten gewesen und hab den Papij gesehen und auch etliche Kardinals. Ich meine, sie seien andächtige Leute, ich habe ihresgleichen nicht gesehen. Sagt Magister Johannes: Mein lieber Alter, bleiwel sie dir also wohl gefallen, so seuch wieder hin und bleib bei ihnen! Der Bauer sagt: Lieber Meister, ich bin nun alt und kann nicht so feindlich weit ziehen. Du aber hast jüngere Beine, gehe du hinein, und was du allhier von ihnen lösest, schmier's ihnen dort ins Maul, sie werden dir halt ein Antwort drauf geben! Nun, der Magister brauchte gar nicht bis nach Rom. Er hat die heilige Stadt schon auf halbem Wege, nämlich hier in Konstanz, getroffen. Aber die Antwort, von der der einfältige Bauer sprach, ist genau so ausgefallen, als ob sie am Tiberstrand gegeben worden wäre.“  
„Du heußt wohl?“  
„Das war nicht, ihr Liebden, ich habe bloß Heuschmupfen. Aber es ist mir so eng und zwang in meiner Rutte.“

„Oho!“  
„Ja, oho! Oho, oho, es kommt die Zeit, ist zu merken, wo man gut tut, jedes seiner Worte auf die Goldwaage zu legen. Wie steht bei Matthäus geschrieben, nicht bei Matthäus am letzten, sondern im zehnten Kapitel, Vers siebenzehn und denen, die darauf folgen: Nehmet euch aber in acht vor den Menschen! Denn überantworten werden sie euch den Gerichten, und in ihren Synagogen werden sie euch geißeln. Es wird aber ein Bruder den andern zum Tode überantworten, und der Vater den Sohn, und die Kinder werden sich empören gegen die eigenen Eltern und sie dem Tode weihen. Und des Menschen Feinde werden seine eigenen Hausgenossen sein! Auf das Wort genau ist es San Hus ergangen. Seine Brüder, seine eigenen Hausgenossen, haben ihn dem Tod in den Rachen gehauen!“  
„Vergiß aber ja nicht“, schreit der Dolmetscher Blarer, „daß diese seine Brüder, die ihn ans Messer lieferten, durchwegs Pfaffen waren, kein einziger Laie darunter!“  
„Jawohl!“ schießt der Schneizenhöfer einen Bolzen, „in der Welt mag gekkehert, was will, irgendwie stecken immer ein paar Pfaffen dahinter!“  
„Juwiel der Ehre“, lächelt Vater Birmin schmerzlich, „wir sind wohl auch schuld, daß Tag und Nacht wird?“  
„Rein, daran seid ihr unschuldig. Das ist aber auch das einzige. Weiß Gott, wenn es in eurem Beileben stände, die Sonne scheinen zu machen, das gäbe teuere Sommer!“ fröhlt Stöffli.  
„Aber daß Hus brennen muß, daran haben du und deinesgleichen tüchtig mitgeholfen!“  
„Lästere mich und Sancti Franziski Orden nicht, geiferndes Einbein! Wenn du vielleicht die Predigermönche meinst, da könnte es stimmen. Aber an uns Büßern und Barsüßern ist noch kein Falch und Tadel erfunden!“  
„Geh mir von der Krücke! Ob braune Rutte, ob schwarze, ob weiße! Auf's Futteral kommt's nicht an. Der Schelm ist jedesmal der gleiche, der drin steckt!“  
„Herr, vergiß diesen Schandmäulern! Ihr Spazenshirn weiß wirklich nicht, was ihre Köcherstippen tun!“  
„Wirklich, das wissen wir nicht, du bald plägende Walter! Aber das wissen wir, die Keherprozesse hat nicht der Papij, sondern die habt ihr Mönche erfunden!“  
(Fortsetzung folgt.)



# Bernau und Rüssrin feiern.

Zwei Städte jubilierten

Bernau stand Sonntag im Zeichen des 700jährigen Stadtjubiläums und des 500jährigen Hufstufenjubiläums. Am Vormittag zog die geschichtliche Hufstufenprozession von der Marienkirche zu der gleichfalls aus dem frühen Mittelalter stammenden Georgenkapelle. Die Prozession wurde vor 500 Jahren zum Dank für die Errettung von den Hufstufen gestiftet und ist seitdem in jedem Jahr am Sonntag-Georgen-Tag, dem Tag der Schlacht, vorgenommen worden. In der Marienkirche fand am Schluß der Prozession ein Festgottesdienst statt. Den Nachmittag füllte der große historische Festzug aus, der von den Bernauer Vereinen gestiftet wurde und der in etwa 50 Gruppen die Geschichte der Stadt und die Gegenwart darstellte. Der Zug wurde auf dem Marktplatz von den Spitzen der Behörden empfangen. Eine ungeheure Menschenmenge umfingte den weiten Marktplatz.

Unter starkem Zustrom von Fremden fanden am Sonnabend und Sonntag die Hauptfestlichkeiten der 700-Jahr-Feier der Stadt Rüssrin, der ehemaligen Hauptstadt der Neumark, statt. Die Feiern am Sonnabendabend wurden mit einem großen Feuerwerk sowie einer Schloßbeleuchtung und mit einem Zapfenstreich der Garnison abgeschlossen. Am Sonntag bewegte sich ein Festzug durch die Straßen der Stadt nach dem Marktplatz, wo der Erste Bürgermeister Securius die Festrede hielt und der Kommandant der Festung, Oberst von Wedderkop, auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Reichswehr hinwies.

## Meereswellen im Wannseebad.

Unfähig des Besuches der Deutschen Gesellschaft für Volksbäder e. V. im Strandbad Wannsee wurden zwei künstliche Wellenerzeugungsapparate von ihren Konstrukteuren vorgeführt. Angeregt durch den Erfolg der Wellenanlagen in den Hallenbädern (Lunapark Berlin, Nordhorn u. a. m.) will man den Versuch machen, auch Freibäder mit Wellenerzeugungsanlagen auszurüsten. Es gibt zwei Wellenarten, die stehende und die laufende Wellen, von denen für Freibäder mit schwacher Strömung aus sanitären Gründen die stärker durchgreifende Brandungswelle als die geeignetere erscheint. Die beiden vorgeführten Modelle zeigten erstmals den künstlichen Wellenerzeuger für stehende Wellen, ein teilschwimmender Schwimmlörper, der mit der Spitze nach unten durch einen Kurbelmechanismus auf und ab bewegt wird. Es wird also die Oberfläche des Wassers in Schwingungen versetzt, ohne daß sich das Wasser selbst von der Stelle bewegt. Die Wellenanlage für laufende Wellen besteht aus einem Schwimmlörper, der an einem senkrechten Rahmengestell auf und ab bewegt wird; das Grundgestell legt man dahin, wo es nach den örtlichen Verhältnissen am besten liegt. Es wird durch Einlassen von Wasser abgesenkt und durch Einblasen von Luft (Rotorradpumpe oder Kohlenäureflasche) wieder gehoben. Da es erwünscht ist, daß eine möglichst lange Uferstrecke Brandung bekommt, wird man den Apparat möglichst nicht parallel zum Ufer legen, sondern in einem Winkel von etwa 45 Grad. Die beiden vorgeführten Modelle erweckten bei den Besuchern starkes Interesse; wenn nun der heimische Binnenstrand auch noch zum wogenden Meeres werden sollte, dann würde ja das Strandbad Wannsee zum Non plus ultra einer Badegelegenheit werden.

## Theaterdirektor Aufriecht verhaftet.

In der Stettiner Devienschiebungsaffäre ist am Sonnabend eine neue sensationelle Festnahme erfolgt, und zwar wurde der Berliner Theaterdirektor Ernst Joseph Aufriecht in seiner Wohnung in der Landauer Straße 4 in Wilmsdorf durch Beamte der Zollfahndungsstelle in Stettin in Haft genommen. Theaterdirektor Aufriecht, der Inhaber der gleichnamigen Theater- und Filmproduktion, der früher das Theater am Schiffbauerdamm leitete, steht in dem Verdacht, mit der Devienschiebungsaffäre der „Sofa“ in Verbindung zu stehen.

## Brautpaar bei einem Verkehrsunfall getötet.

Der Motorradfahrer Ewald Meyer aus Wilsch bei Bünde, der mit seiner Braut Ell Oberpennig aus Ennigloh in Bielefeld Verwandte besuchen wollte, stieß an einer Straßeneinmündung unmittelbar vor dem Ziel der Fahrt mit einem sächsischen Autobus zusammen. Das junge Mädchen wurde auf der Stelle getötet, während der Brautgum, der mit seiner Maschine eine längere Strecke von dem Autobus mitgeschleift wurde, so erhebliche Verletzungen erlitt, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus starb.

# DAS FREIE WORT

BRUNNEN VERLAG, BERLIN SW 68, LINDENSTRASSE 3  
 SOZIALDEMOKRATISCHES DISKUSSIONSORGAN  
 bringt stets

## DAS AKTUELLSTE ZUM WAHLKAMPF

Bestelle es noch heute bei der Botenfrau des „Vorwärts“, in den Ausgabestellen oder direkt beim Vorwärts-Verlag GmbH., SW 68, Lindenstraße 3 oder auf dem Postamt (Postzeitungsliste 1930, Seite 88)

Es kostet monatlich 85 Pf. zuzüglich Porto  
 Verlage vom Verlag Probenummern und Werbematerial gratis und portofrei

## Ferien- und Reisezeit

Während der „Vorwärts“ und der „Abend“ auf jede Dauer allerorts bezogen werden

## Touristen und Wanderer

fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken und sonstigen Verkaufsstellen

## Sommerfrischer

lassen sich den „Vorwärts“ durch Postüberweisung nachsenden. Die Postbestellgebühren betragen nur 72 Pf. im Kalendermonat. Wird Nachsendung unter Streifenhand gewünscht, so beträgt das Porto Wochenrags 10 Pf., Sonntags 15 Pf. Benachrichtigung an die Ausgabeabteilung oder an den Verlag möglichst eine Woche vorher erbeten

## Laubenkolonisten

In Groß-Berlin wird der „Vorwärts“ durch Bosen zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laubenadresse ist erforderlich.

## Postabonnenten

müssen die Nachsendung unter Beifügung von 30 Pf. in Marken mindestens 2 Tage vor der Abreise schriftlich bei der bisherigen Zustell-Postanstalt beantragen

**Vorwärts-Verlag** Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
 Fernspr. A 7 066hoff 292-297

## Meineid aus Freundschaft.

Die Quittung vor Gericht — ein Jahr Zuchthaus.

Zwischen den Eheleuten R. bestehen seit langem Differenzen. Sie tragen sich mit Scheidungsgedanken. Der Mann zehrt eines Abends mit seinem Freund R. Nachts nimmt er ihn mit in seine Wohnung und macht ihm hier eine nicht mißzuverstehende Aufforderung in bezug auf seine eigene Ehefrau. Der Freund ist anständig und nüchtern genug, dieses Angebot auszusagen. Die Frau hat es aber gehört und ist entrüstet. Aus diesem Ehe-scheidungsgrunde wird nichts. Der Mann findet aber einen anderen und reicht die Ehescheidungsfrage ein. Die Frau erhebt Widerklage: der Mann habe sie in jener Nacht an seinen Freund verpöppeln wollen. Der Freund bestrittet das im Ehescheidungsprozeß — unter dem Eide. Er leistet einen glatten Meineid — weil ihn der Ehemann darum gebeten hat. Die Ehe wird geschieden, die Frau zur allein Schuldigen erklärt. Auch in der zweiten Instanz verliert sie den Prozeß; der Freund wiederholt seinen Meineid. Dann aber packt ihn die Reue. Er begibt sich zur Frau und beichtet in Gegenwart ihrer Geschwister, falsch geschworen zu haben. Die geschiedene Frau erstattet Straf-anzeige; wie sollte sie sich anders helfen, wie sonst das Ehescheidungsgericht anfechten?

Vor dem Landgericht I steht ein zerknirschter Mensch und verflucht den Tag, an dem er den Bitten seines Freundes nachgegeben. Sein Geständnis hilft ihm nichts, auch nicht die Reue, die er an den Tag legt. Das Gesetz kennt keine Milde, die Mindeststrafe ist ein Jahr Zuchthaus. Dazu kommt Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Absperrung der Eidesfähigkeit auf drei Jahre. Eine Entscheidung über die Bewährungsfrist wird trotz des Antrages des Verteidigers nicht getroffen. Man sieht es dem Urteilsteilen an: er kann nicht verstehen, was mit ihm geschehen ist.

## 10 Menschen unter einem brechenden Ast

Ein Kind getötet.

Hamburg, 13. Juni.

Auf dem Schulhof der früheren Realschule Weidenstieg hatten am Montagmittag Unterstuhlungsempfänger Luftstellung genommen, um ihre Unterstuhlung in Empfang zu nehmen. Ein durchgefallener starker Ast einer in dem angrenzenden Hofe stehenden Kiefer, der in den Schulhof hineinragte, fiel plötzlich auf die wartende Menge. Ein sieben Monate altes Kind, das auf dem Arm einer 70jährigen Frau saß, wurde am Kopf getroffen und getötet. Neun weitere Personen wurden verletzt und mußten in ein Krankenhaus überführt werden.

## Neuer Urnenhain in Stahnsdorf.

Am Sonntag hatte der Volks-Feuerbestattungsverein zur Einweihung seines neuen Urnenhains auf dem Schöneberger Friedhof in Gütergäß bei Stahnsdorf geladen. Herr Carl Müller begrüßte die Erschienenen im Namen des Vorstandes. Unter prächtigen alten Bäumen, auf einer Insel der Abgeschiedenheit, ist der rechte Platz für die, die nach einem arbeitsreichen Leben hinüber-schlummerten. Hier finden sie die Ruhe, die mancher von ihnen im Leben vergebens gesucht hat. Ein Zeichen des Dankes an die, die einst als Kämpfer für die gemeinsame Sache in den Reihen des Vereins standen, sagte der Redner, soll der Gedenkstein darstellen. Oberinspektor Gude vom Bezirksamt Schöneberg, dem der Friedhof untersteht, sprach kurz über die Gestaltung des Friedhofes und dankte besonders Obergärtner Wolfram für seine aufopferungs-volle Tätigkeit bei der Fertigstellung des Urnenhains. Gesangs-vorträge des Doppelquartetts des Vereins unter seinem Dirigenten Dr. Streißer gaben der Einweihungsfeier einen würdigen Rahmen.

Der neue Urnenhain des Volks-Feuerbestattungsvereins stellt, wie ein Rundgang zeigte, wohl einen der schönsten derartigen Plätze dar. Die architektonische Gestaltung und Oliederung der Urnen-plätze fügt sich würdig dem Gesamtbild des Friedhofes ein. In der Mitte des Hains steht, beschattet von einer Birke und umgeben von Ruhebänken, der Gedenkstein.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Gezelligkeit: Berlin S. 14, Seeböschungstr. 11-12, Do 2 Ex. Saugerkreis: In den am Mittwoch, 15. Juni, stattfindenden Versammlungen wird der Sozialismus mit folgt durchgeführt: Neus Welt: Detschereins Kreuzberg und Prenzlauer Berg. Sozial-Güter: Detschereins Wedding und Zehlendorf. Spitzengüter: Detschereins Charlottenburg, Schöneberg und Wilmsdorf. Alle erwerbslosen Kameraden treten um 18 1/2 Uhr an. — Gebirg (Detschereins): Alle Mitglieder haben nun jezt als regelmäßige zum Training zu er-schienen. Sitzung: Hauptortleiter. — Friedrichshagen, Kameradschaft Andross: Kamerad Fritz Pfeiffer ist verstorben. Einsegnung Mittwoch, 15. Juni, 18 Uhr. Gerichtspräsident. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Verband Oberstufenreform. Sitz Berlin, S. B. Öffentliche Versammlung am Donnerstag, 16. Juni, 20 Uhr, in den Einfielles-Hallen, Berlin S. 2, Neue Promenade 9-10. Vortrag Genosse Düng: „Die neue Regierung und die Ober-stufenreform“.

Küchenschokolade und Küchermargarine. Seit Jahren liegen die Spezial-geschäfte für Vorräten, Glas-, Haus- und Küchengeräte über Geschäfts-fähigkeit durch das Jugobehalten. Von den Jugobehältern wurden auf diese Weise Haushaltwaren in großer Umlage abgesetzt. Die Spezial-geschäfte für Glas und Vorräten teilen hiermit mit, daß sie zur Kücherei der ihnen erwerbslosen Schwestern jezt dazu übergegangen sind, überreife Kaffee und Margarine, die vornehmlich mit Jugobehältern verkauft werden, ebenfalls in guter Qualität zu Einkaufspreisen an jedermann abzugeben. Die Hausfrauen werden über diesen Kaffee- und Margarinekrieg nicht traurig sein, da sie dabei die liebenden Dritten sind.

Theater, Lichtspiele usw.

## Städt. Oper

Charlottenburg, Bismarckstraße 34  
 Dienstag, 14. Juni  
 Turnus II  
**Die Banditen**  
 Pfahl, Essinger, Nikolaiewa, Burg-winkel, Gründgen, Westermeyer, Lgen-lauf, Pechner, handl. Steier, Gumbert, Meyer, Danke, Antang 20 Uhr  
 Ende gegen 23 Uhr

## Volksbühne

Theater am Blöwitz:  
 8 1/2 Uhr  
**Die goldene Uhr**  
 Volksstück von E. Szep  
 Regie: A. M. Rabenalt

## SOLO

Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr  
**Fernando LINDER**  
 Joe Pennut's 14 Dnesus-Klebsch  
 Ade & Edla Deros  
 Willy Rosen usw.

## PLAZA

Hilfs-Schm. Hdt.  
 32. Sp. Str. 13, 13 1/2 U.  
 E. 1. W. 10. 403  
 O. B. Fiedermann.

## staats Theater

Dienstag, den 14. Juni  
**Staatsoper Unter den Linden**  
 20 Uhr  
**Salome**  
 Staatl. Schauspielhaus  
 Gendarmenmarkt.  
 20 Uhr  
 Jeppe vom Berge

„Ich bin 80 Jahre alt“



„Ich habe an eine Heilung meines schweren Leberleidens nie glauben können. Seit Jahren waren mein Körper u. die Füße geschwollen u. mein Zustand wurde immer schlimmer. Nun habe ich vier Flaschen von Ihrem Knoblauchsft eingenommen und fühle mich jetzt bedeutend wohler. Die Geschwulst ist ganz verschwunden und auch andere Beschwerden, wie Luftmangel und Müdigkeit sind behoben. Ich sage Ihnen meinen aufrichtigsten Dank und habe Ihren Knoblauchsft in Bekanntenkreisen empfohlen, wo er mit viel Erfolg angewandt worden ist.“  
 Ernst Oltrogge, Kaiserstr. 60106

## Zinsser-Knoblauchsft

aus echten bulgarischen Knoblauchsft hat sich tausendfach bewährt bei zu hohem Blutdruck, Arterienverkalkung, Herzbeschwerden, Asthma, Hämorrhoiden, Leber- und Gallenbeschwerden, Verdauungsstörungen, Rheumatismus und allen Stoff-wechselstörungen.

Flasche, 3 Wochen ausreichend, 3 Mk., Versuchs-Easche, 1 Woche reichend, 1 Mk.

In den meisten Apotheken und Drogerien vorrätig. Verlangen Sie ausdrücklich „Zinsser“ und achten Sie auf obenstehende Schutzmarke. Bietet man Ihnen eine Nachahmung an, so bestellen Sie direkt bei

**Dr. Zinsser & Co. Leipzig 75**  
 Engros-Auslieferungslager Berlin C 25,  
 Prenzlauer Str. 20. Tel.: E 2. Kupfergraben 2274.  
 60 000 Anerkennungen über Zinsser-Hausmittel.

## Winter Garten

8 Uhr 15. Flora 3434. Nachden erl.  
**Paul Graetz, Peter Sachse, Jenny & Piccolo, Crocers & Crocers usw.**

## essing Theater

Täglich 8 1/2 Uhr  
**Nadonna wo bist Du?**  
 Erika v. Thellmann, Luise Stösel  
 Theo. or Loos Josef Wadorn

## Rose-Theater

Siedt. Frankfurter Straße 137  
 Tel. W 10. 11. 7. 2422  
 8.30 Uhr  
**Weekend im Paradies**  
 Gartenbühne  
 8.30 Uhr  
 Konzert u. Varietè  
 Zigeunerliebe

## Ihren Urlaub

im schönen Thüringer Walde im herrlichen Erzgebirge in stimmungsvoller Heide-landschaft im märkischen Seengebiet

## in den Heimen der ADEFE

Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsreisen m. B. H.  
 Sitz Jena, Marienstr. 4 — Prospekte gratis

## Neuruppin (Lütkwort)

die Perle der Mark Bilderbogenstadt, Geburtsort v. Fontane und Schinkel. Am schönen Ruppiner See gelegen, Flora zur Ruppiner Schweiz, Wälder, Seen, Anlagen, hiesig. Sehens-würdigkeiten, Angel- und Badegelegen-heiten. Sportmöglichkeiten. Idealer Wochenend-, Ferien- u. Ruheaufenthalt. Günstige fahrverbindungen. Sonntags-Rückfahrkarten von und nach Berlin.



### Erdbeer-Marmelade

Rezept

3 1/2 Pfund Erdbeeren und 3 1/2 Pfund Zucker (doch keinesfalls weniger) ohne Wasser zum Kochen bringen und 10 Minuten brau-send durchkochen. Hierauf eine Normalflasche Opekta „flüssig“ zu 86 Pf. sowie den Saft einer Zitrone hin-einrühren u. sofort in Glä-ser füllen. Genaueste Koch-anweisung mit Rezepten liegt jeder Flasche bei. **Vorsicht beim Opekta-Ein-kauf! Nicht zu verwech-seln mit ähnlich lauten-den Gellermitteln. Opekta ist nur echt mit dem damp-fenden 10-Minuten-Topf.**

**Opekta**  
 Bist aus Früchten gewonnen

Achtung! Rundfunk! Sie hören über die Sonder Berlin jeden Mittwochvormittag von 10.35 bis 10.50 Uhr, ein sehr interessanten Lehrvortrag „10 Minuten für die fortschrittliche Hausfrau“ aus der Opekta-Küche. — Rezeptdurchgabe!

Trocken-Opekta ist Opekta in Pulverform von gleich hoher Qualität wie Opekta flüssig. Beutel zu 25 Pf. für etwa 2 Pf. Marmelade, und Kartons zu 45 Pf. für etwa 4 Pf. Marmelade. Genaue Rezepte liegen jeder Packung bei.

Fälschliches Kochbuch mit über 100 ausführlichen Re-zepten für Marmeladen, Gelees, Tortenübergüsse, Eis und Süßspeisen in den Geschäften erhältlich oder gegen Voreinsendung von 20 Pf. in Briefform von der OPEKTA-GESellschaft M. B. H., KOLN-RIEHL 268



# Ein Leben in Armut

Erinnerungen aus dem alten Paris / Von Eugène Dabit

Wir setzen heute Dabits Schilderungen aus seiner Jugend fort.

Wir zogen nach Montmartre, nach den Grandes-Carrières.

Lebenswohl Portiersloge! Wir wohnten im fünften Stadtwort und schauten von unseren Fenstern auf einen schönen Horizont. Das war viele Jahre mein „Land“. Und zugleich lernte ich mein neues Viertel kennen. Ich sah fast alle Straßen: eng, gewunden wie bläuliche Adern, durch die das Leben pulsiert. Ich sah die Häuser mit ihren Dächern aus Zink oder Ziegeln und ihren Schornsteinen, die unzähligen Mastbäumen glichen. Ich sah die Fabriken und Werkstätten, deren Glasfenster im Sommer funkelten. An der Grenze von Paris erstreckte sich die „Zone“ mit den schmutzigen, zusammengedrängten Baracken der Lumpensammler. Senleits fing Saint-Ouen an mit seinen hohen, von schwärzlichen Rauchwolken gekrönten Schornsteinen, die bedrückender waren als echtes Gewölbe. Dann Saint Denis. Dann ein Horizont von Hügeln, zu deren Füßen ich, nach Gennevilliers und Argenteuil hin, den Spiegel der Seine zu sehen glaubte. Dort lag jenes „Pariser Boffin“, von dem man mir in der Schule erzählte.

Meine Schule konnte ich hinter einer Reihe schöner Kastanienbäume sehen mit ihren weißen, von großen Fenstern durchbrochenen Mauern und ihrem Dach aus Zink. Sie lag an der Kreuzung der Championnes- und der Poteaufstraße. Wenn ich hinging, sagte Mama zu mir: „Du weißt, ich kann vom Fenster aus sehen, ob du artig bist.“ Ich war artig. Ich sah in der Kantine, blieb bis sechs Uhr im Heim und kam dann endlich wieder auf die Straße.

Am Donnerstag, unserm freien Nachmittage, bummelte ich auf den Festungswällen herum. Ich blieb vor einem Zigarettenlager stehen. Die Tür des Wohnwagens stand offen, und ich bemerkte in dem fremdartigen Innenraum Kinder, die sich balgten, leisende Frauen mit glänzendschwarzen Haaren, Männer, die geschäftig Weidenruten bogten und daraus Tische und Stühle anfertigten — ich wurde nicht müde, ihnen zuzuschauen. Ein wenig obseits knabberte ein ausgegoreter Gaul das Gras ab.

Dieses Schauspiel führte mich in eine freie Wunderwelt ein. Im Galopp lief ich weiter. Vor mir ein Labyrinth von Gräben, Bastionen, Wällen. Mit zerklümpften Kameraden tollte und tobte ich herum. Oder ich lag neben Männern, die, auf dem Kopf eine Mütze und an den Füßen Segelstiefel, sich an den Sommertagen von der Sonne rösten ließen. Oben, von den Wällen aus, gewahrte man das Tor von Clignancourt, wo damals Kasernen gebaut wurden, und die Baracken des Flohmarktes, der Sonnabend, Sonntag und Montag geöffnet war. Der Wind brachte einen guten Fettersgeruch herüber, aber manchmal auch den Geruch eines im Grabe verwesenden Tierlebens. Nüchtern liefen knirschend die Räder einer Trambahn auf, die nach den Borcorten fuhr. Oder ein Leichenzug näherte sich vom Boulevard Ren, um den Friedhof von Saint-Ouen zu erreichen. Der Sarg hüpfte auf dem holprigen Pflaster, und Männer und Frauen folgten ihm wie eine in Bewirrung gekatete Herde.

Auf den verlassenen Festungswällen spielten wir Räuber, Gendarm und Einbrecher oder Wüddleb. Ein Kell, ein dunkles Individuum, zog öfters ein eingetriebenes Messer aus seiner Tasche. Er zeigte uns ein Spiel, bei dem es sich darum handelte, die Klinge senkrecht in den Boden zu stoßen. Uns gelang das fast nie, aber er verstand sich wunderbar darauf, er konnte auch sein Messer wie einen Pfeil in ein Brett schleudern. Er erzählte uns lustige Geschichten mit Worten, die ich schlecht verstand. Aber ein Mädchen, das schallend darüber lachte, fiel ihm entzückt um den Hals.

Ich hatte Beziehungen zu den Bewohnern der „Zone“. Einige nahmen mich in ihrer Bretterhütte auf und ließen mich durch die Gänge ihres Gartens laufen oder zwischen den Porre- und Salobeten herumspazieren so viel ich wollte. Ich betrachtete die Bergheimnische und Aferneinfassungen, die ich nur aus den Blumenläden kannte. Und gegen Abend durste ich den Garten sprengen. Der Brunnen war weit entfernt, in der Nähe des Ausschalters von Poteau. Unermüdet ging ich wohl zehnmal hin und her. Zur Belohnung für meine Mühe gab man mir saure Stachelbeeren.

Was für Tage! Ich kam mit roten Backen, die Haare voller Gräser nach Hause. Vor meinen Blicken schwebte noch das Bild eines Obstbaumes oder eines Gemüsegartens, denn Iphigien, Peter-Willi, Korbel waren für mich fremdartige, beinahe erotische Gemächte. Ich spürte noch nachträglich einen starken, reinen Wind — fast einen Seewind um mein Gesicht wehen. Die Straßen waren nun weniger eng, die Häuser weniger hoch. Jenseits des Gürtels aus Eisen und Stein gab es ja einen freien Himmel, blühende Bäume und Felder, große Wolkengebilde und wirkliche Stürme — und endlich das Meer, auf dem ich „zu meinem Vergnügen“ einst fahren würde.

Aber ich fuhr niemals und hielt mich an meinem Viertel schadlos. Ich lenkte meine Schritte gen Süden: die Butte Mont-Martre. Entweder nahm ich, um dahin zu gelangen, die Kuffaufstraße oder ich ging durch die Mont-Cenisstraße und die Saulesstraße. Ich stieg hohe Treppen hinauf, in deren Ritze sich ein eisernes Geländer hinzog. Ich setzte mich hin, ließ mich hinuntergleiten und stieg von neuem empor, ohne Atempause.

Die Butte war damals noch nicht der Sitz einer „Freien Gemeinde“ im Operettenstil, auch keine Attraktion für die fremden Touristen. Sie war ein dürrer Winkel mit provinziellen Wäldern, kleinen, fast einsamen Plätzen und einer dürftigen Kirche mit gedrungenem Glockenturm. Blicke man vor Sacré-Coeur und der Statue des Ritters de la Barre stehen, der zum Tode verurteilt wurde, weil er eine Prozession nicht begrüßt hatte, so hatte man einen freien Horizont.

Die Kirche Sacré-Coeur war noch nicht vollendet. Man konnte sich auf einem riesigen Bauplatz herumtummeln, Gerüste erklettern und so, hoch oben, Paris besser mit dem Blick erfassen. Eine ebenso unerreichbare und ferne Welt für mich wie das Meer. ... Mit den Rauchwolken zusammen stieg ein wirrer Lärm empor, Töne, die mich bedrückten. Ich sah den Eiffelturm, das Große Rad, den Dom der Invaliden, Notre-Dame-Viertel, die meinem Viertel fremd waren, und von denen meine Eltern mir kaum etwas erzählten, oder doch nur wie von einer bürgerlichen, von der unrigen verklärten Welt, wohin mein Vater sich jeden Morgen begab, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Im Geiste sah ich trennende Grenzen, die zu übersteigen es mich damals durchaus nicht gelüftete.

Ruhig kehrte ich Paris den Rücken und schlenderte dem Terre-Play oder dem Jean-Baptiste-Clémentenplatz zu. Dort pflanzte ich mich hinter irgend einem Mauer auf. Sie waren zu jener Zeit nicht sehr zahlreich und legten Wert auf ein romantisches Aussehen. Oft malten sie vor der Mühle de la Galette. Einer von ihnen hielt mir eines Tages, während er seine Palette abtrugte, einen Gesprächsvortrag: die Belagerung der Butte im Jahre 1815, dann im Jahre 1871 die Kommune und die Schießereien. Er erzählte mir auch vom Dorje Montmartre, wo es drei Windmühlen gab. Aber das Stillstehen wurde mir bald unerträglich. Ich zog wieder los, rollte die Abgänge herunter, glitt die Geländer entlang. Es gab hier brachliegendes Terrain, Hügel aus morastiger Erde und Sandhügel, verödete Steinbrüche, Schlammflöcher, Haufen von Abfällen, verdrängte Gassen wie zum Beispiel die Passage Saint-Vincent, kurz: eine freie, erstaunliche, chaotische Welt. In der Nähe des Constantin-Becqueur-

Platzes gab es sogar ein richtiges „Buschwert“ mit Baracken, Tonnen, verwilderten Gärten, wo Arbeiter und Outcasts lebten.

Dieses Montmartre erschien mir verführerisch. Die Straßen waren mangelhaft gerichtet und mangelhaft gepflastert, aber in den Gassen ließ das Wasser ein erquickendes Klacken hören. An alten Mauern sproß Gras hervor, und hinter einer Tür, die ich tod aufstieß, erblickte ich einen ruhigen Garten, dessen Alleen mit Buchsbaum eingefaßt waren, der Laubengänge hatte und Stachelbeersträucher, die von blühenden Magnolienbäumen beschattet wurden. Ich vergaß die Menschen. Es sahien mir, Paris vergesse sie auch. Auf diesem Hügel war man in einem Himmel verloren. ...

Immerhin: man mußte wieder niedersteigen. Ich bog in eine von Bretterbuden eingebaute Straße ein, wo Ansichtskarten und Heiligentrinkstrams verkauft wurden und gelangte auf einen Platz, wo ich zögernd Halt machte. Manchmal war ich reich genug, um die Drahtseilbahn zu benutzen, die wie ein zusammengelaures, vorstichtiges Riesentier den Hügel heruntertafste. Oder ich wagte mich auf den Saint-Pierreplatz. Eine spitalförmige Treppe mit einem kunstlosen Geländer führte zu einer Art Grotte, in der alle Gassenbuben noch hergenstult im Chore brüllten.

Dann kam ich auf den Place des Abbesses, und auch das war noch ein wenig die Provinz. Nun bog ich in die Lepicstraße ein, die voll von Obstkarren war, und schließlich landete ich auf dem Blanchepiaz, unruhig, als wäre ich an der Grenze eines neuen Landes. Eine Mühle war dort, aber es war Moulin-Rouge, ein Platz, aber voller Wagnerverkehr. Die Männer, und vor allem die Frauen, die ich dort sah, hatten eine andere Haltung als jene in meinem Viertel. Alle waren gekleidet wie die Figuren in den Katalogen, die mir die Portierfrau gab, wenn sie guter Laune war. Mit meiner Mütze, meiner schwarzen Alpakaschürze, meinen Holzspantinen, die auf dem Trottoir knapperten, war mir gar nicht wohl zumute und mir schien, die Polizisten beobachteten mich. Ich strich an den Wänden entlang, verlor jedoch nichts von den Vorgängen auf dem Boulevard. Er war breit, geräuschvoll, nahm das Leben auf wie ein großer Strom das Wasser seiner Zuflüsse aufnimmt. Er klopf in der Richtung nach dem Clignancourt, wo Omnibusse, Droschken und riechende Autos in ständiger Bewegung waren. Ich kam am Hippodrom vorbei. Während der Ausstellung von 1900 hatte ich dort, glaube ich, einem Wagenrennen beigewohnt. Jetzt drehte man hier Filme, und ich, nur gewohnt, am Donnerstag in einem Bums-Kintopp Kitz zu sehen, wünschte, ich könnte an einem Sonntag mit meinen Eltern diesen riesigen Saal besuchen.

Nun war ich auf der Caulaincourtrüde. Ich betrachtete die Grabmonumente des Nordfriedhofes. Jedesmal blieb ich hier stehen, um da unten die Bronzestatue eines Mannes zu betrachten, dessen nackter Körper mit einem Schleier verhüllt war. Später erfuhr ich, daß dies das Grab des General Canaigac und die Statue des Werk Rudes war. Die Unbeweglichkeit, die ruhige Festigkeit dieses Gesichts fesselte meinen Blick wie das Bild des Todes, das, in jenen Zeiten nachts mich verfolgte. Ich hielt mich an Brückengeländer fest, ohne das brandende Leben um mich her wahrzunehmen. Endlich löste ich mich von diesem Schauspiel los und fand mich zurück in eine trübe Straße, die mich wie ein Strom bis in mein Viertel hinein mit sich führte.

Dort wurde ich wieder fröhlich. Ich kannte die kleinsten Gassen, düstere, glitschige Passagen wie zum Beispiel die Sadgasse der „Große Bouteille“. Ueberall hatte ich Freunde und Feinde, mit denen ich spielte oder mich herumkugelte.

Ich kam auf den Boulevard Belliard, da, wo die Stadtbahn gerade den Tunnel verläßt. Ich wartete bis ein Zug erschien, bewahrte ihn mit Steinen und entfloß. Diese Stelle war ein Treffpunkt, von wo wir unter der Führung eines Keris, der uns alle befehligte, hordenweise aufs Land zogen. Wir liefen hinter der Trambahn

Trinité—Sac-d'Engbien her, brachten es fertig, hinten hinaufzuklettern, sprangen kurz vor dem Bürgermeisteramt von Saint-Ouen wieder ab und marschierten durch die Roffersstraße, die nach der Seine führte. Am Ufer des Flusses, auf einer Insel, wo sich eine Kneipe und die Barade des Baters Rahut befanden, fischten wir winzige Fische, die wir in eine Blechbüchse warfen und abends triumphierend nach Paris brachten.

Ganz in meiner Nähe, Jules-Joffrinplatz, erhob sich das Bürgermeisteramt, ein großes Gebäude mit wirren Linien und vielen Verzweigungen, ähnlich den Bauwerken aus Schmalz, die die Fleischer mitunter in ihren Schaufenstern ausstellten. Die Kirche Notre-Dame von Clignancourt war geradeüber, herb und lach mit ihrem Glockenturm, der sich in einem rouschigen Himmel verlor, und mit ihrem kümmerlichen Garten, den ein Jaun aus lanzenförmigen Eisenstäben beschützte.

Dort war in Wahrheit das Herz der vier Viertel, aus denen das Arrondissement bestand. Man hörte es schlagen. Sonnabends folgte Landauer auf Landauer, große, blumengeschmückte, offene Wagen. Fröhliche, sonniglich gepuzte Hochzeitsgäste stiegen aus, eine Braut ganz in Weiß mit ihrem Schleier und ihrem Kleid mit langer Schleppe. An anderen Tagen — fast jeden Tag — hielten Leichenwagen vor der Kirche, deren Tor abwechselnd mit Draperien behangen oder lach wie die eines Krankenhauses war. Armenleichenwagen oder andere, mit Federkissen und silbernem Wappen dekorierte, machten hier Raft. Kränze und Blumensträuße schmückten den Bürgersteig. Gruppen in Schwarz füllten den Platz, und eine alte Frau ging von einem zum anderen — gebeugt, hüpfend. Das war „Poupoule“, ein Weiblein, das dort lebte und von morgens bis abends mit chinesischer Lutsche Postkarten zeichnete, die es ebentomohl den Hochzeits- wie den Trauergesellschaften anbot.

Die Wahlperiode rückte heran. Seit mehreren Wochen verungüerten große bunte Plakate die Mauern. Auf dem Heimweg von der Schule zerrissen wir die Ankündigungen der Kandidaten, die unsere Eltern nicht gutdiesien. Mein Vater ging fast jeden Abend Lonton besuchen, der sich in einem Kaffeehaus in der Veturstraße aufhielt. Einmal nahm er mich mit, und ich hörte die Namen Saurès, Bailant, Sembat. In eine dichte Rauchwolke gehüllt, stritt man an allen Tischen herum, und Faustschläge ließen die Untertassen erzittern.

Der große Abend kam — nach Stunden, die die vier Viertel in eine ebenso heftige Aufregung versetzt hatten wie der Tag des Rationalfestes. Auf dem Jules-Joffrin-Platz fand ich Lonton, der, von seinen Freunden umgeben, wild gestikulerte. Mein Vater war auch dabei, und noch etwa hundert Männer, die ihm glichen, und Frauen, die ein demütiges Gesicht hatten wie meine Mutter. Alle trampelten, stritten für und gegen und waren in höchster Ungebuld. Inbrünstig schauten sie auf einen Leuchtschirm, der hoch, oberhalb des Bürgermeisteramts, angebracht war. Die Gesichter waren froh und hoffnungsvooll. Endlich liefen Namen und Zahlen über das Transparent, schienen sich loszulösen und plötzlich wie Steine auf die Menge herabzufallen. Schreie, Flüche, Pfiffe ertönten und, seltener, Beifallsklatschen. Es gab Zusammenstöße und Gegenstöße, der Welle ähnlich, die aus der Tiefe hervorbrandet, um alles wegzuspülen, die aber plötzlich ihre Kraft verliert und sich an Mauern bricht.

Lonton ballte die Fäuste, murmelte Drohungen, redete von ich weiß nicht welchem Verrat. Das Bürgermeisteramt war wieder ein düsteres, offizielles Gebäude geworden, in das wir diesmal noch nicht unferen Einzug halten sollten. Enttäuscht verließ sich die Menge langsam, Polizei zerstreute sie, drängte sie nach ihrem Viertel zurück, wo jeder sein Haus und sein tägliches Leben wiederfand. Ich sah die Gesichter noch düsteter werden, sah Männer, die eine Stunde vorher noch die Arme geredet hatten, traiflos ihre Füße schleppen. „Das nächste Mal“, sagte Lonton, die Faust gegen das Bürgermeisteramt erhoben, wo eine farblose Fahne wehte. Aber niemand hörte mehr auf ihn: es war spät, am nächsten Tage mußte man arbeiten.

„Das nächste Mal...“ Dort, auf jenen festungsstarken Mauern sah ich, an einem Sommertage, im Jahre 1914, weiße Plakate, die die Generalmobilmachung verkündeten. ... (Schluß folgt.)

## Hans Trausil: Abschied von New York

Schlag eine Minute nach Mitternacht: die romantische Abfahrtskumde der großen Djeandampfer aus ihren Docks längs der Westseite Manhattans.

„Fahrtskar!“ brummt ungeduldig von der Kommandobrücke das dritte und letzte Signal, dumpf mahndend, schicksalschwer. Soeben noch war es wie ein Fest an Bord. Auf einmal sind wir unser nur noch wenige, und trotz der Zurufe der Zurückbleibenden ist es sehr still um uns.

Hunderte winken herüber von der grell erleuchteten Landungsbahn. Blechern setzt die Schiffskapelle ein. Ein Fröhlichkeit vortäuflender Marsch, der noch nie der Stimmung Abschiednehmender entsprochen hat.

Schon hat sich das Schiff unmerklich leise in Bewegung gesetzt. Auf beiden Seiten nimmt die Erregung zu. Eine Minute lang herrscht ausgelassene Jirkusstimmung. Der blecherne Marsch paßt ganz gut. Lauter schallen die Zurufe, wilder schwenken Tücher und Hüte. Es werden immer mehr. Die Tücher verwandeln sich in immer dunkeres Konfetti. Sind das alle Zauberkünstler da drüben? Grün, blau, rot, gelb kreift es in immer größeren Peripherien. Schon glaubt man, das Schiff fährt wieder zurück, so leibhaftig groß werden noch einmal die winkenden Menschen. Da verschiebt sich die Landungsbahn schräg nach links wie eine Drehbühne, — das Ganze gleicht jetzt einer Opernscene mit viel zu vielen Statisten, — im selben Augenblick schrumpfen die wild wirbelnden Kreise zu kleinen grünen, blauen, roten und gelben Bällen zusammen, die auf der plötzlich leer gewordenen Bühne elastisch auf- und abspringen. Die Gesichter sind wie auf einer vielfarbigen Palette vermischt.

Aus deinem Viebsten auf dieser Welt ist plötzlich ein winziges rofanes Gefunden geworden. Du siehst noch, wie es aus der Ferne auf der Erregten Flut seines ungestümen Herzens bebt. Du kannst ihm nicht mehr zu Hilfe kommen. Du kannst sie nicht mehr auf-fangen, diese winzige, zarte Rosenknospe des Abschieds, die dieses Herz dir stürmisch nachwirft. Da ertönt strichweise die zurückweichende, nachtumrahmte Bühne: die Kettentür der Landungsbahn hat sich als eiserner Vorhang vorgehoben.

Zugleich verlöschen die zitternden Wellenlichter um den Schiffsrumpf. Eine Brise vom freien Hafen kräufelt die Bogen des North River. Die Elemente nehmen uns auf. Man fühlt: für einen jeden von uns hier an Bord ist irgendwie ein Kapitel zu Ende. Aus ... Schluß ... In der ersten Finsternis des neuen Lebens schweigen wir uns an. Nur die Mannschaft wird von Minute zu Minute lachlicher. Knappe Befehle der Ladungssoffiziere, leicht militärisch, wohlwund deutsch.

Ich gehe auf das oberste Deck hinaus. An der Keeling steht schluchzend ein blutjunges, blondes Mädchen, das toibleiche Antlitz nach Manhattan zurückgewandt. Weiter am Heck beginnt ein strobender Herr von etwa lechzig erfolgreichen Jahren gewaltig auf und ab zu marschieren. Er ist offenbar besorgt, daß er gleich in der ersten Nacht an Bord träumlos schläft. Zweifellos hat er

fein Kapitel glänzend abgeschlossen, und schon marschiert er sieghaft ins nächste hinein.

Die vom Meere her anschwellende Flut bewegt den schwarzen Fluß. Der blecherne Marsch ist längst verstummt. Die dunkle Streichmusik der Elemente umrauscht uns. Die Sinfonie des Abschieds wird leise, nur wenigen hörbar, von den verborgenen Instrumenten der Nacht angestimmt.

Die leeren, düster ragenden Geschäftsburgen Manhattans schieben sich tauffschiffst vorüber: Riesentrümmer nach einem noch schwelenden Weltbrande. Ueber der weithin sichtbaren Uhr des Paramount Building durchzuckt das millionenfertig platatierte Nacht-leben New Yorks den schmutzig dampfenden Broadway-Himmel. Jetzt passieren wir West Twelfth Street, wo wir uns vor genau einer Stunde im venezianischen Saal Walter Langdon McDermotts, eines der geistreichsten Schöngelster der Stadt, vom Abschiedsmahl erhoben. Bergelich suchten meine Augen den kristallhimmernden, mit Tulpen und Märzbechern geschmückten Saal. Durch das Dunkel rufe ich den festlichen Freunden einen letzten Gruß zu.

Da strahlt im Süden aus den mitternächlichen vernummten Steinmassen das Bell-Telephone-Building auf, eine licht- und stromdurchflutete moderne Pyramide. Tausende von elektrischen Lampen blihen auf, Fahrstühle kletterten wie auf eine Linie dressierte Leucht-läfer die dreihügel Stodwerke auf und ab.

Der Fluß weitet sich jetzt zum Hafen. Kleine Inseln schaukeln auf unruhigen Bogen. Scharfe Windstöße fegen über das Promenadenack und treiben die letzten Passagiere in ihre Rabinen hinunter. Auch der sechzigjährige Herr poliert wuchtig nach unten zu gesundem Schlaf und immer gesünderem Erwachen. Er wird uns alle überleben. Selbst das blutjunges schluchzende Mädchen.

Da gleitet auf der Luvsseite, vor Rew Jersey, mit mahndem erhobener, längst ausgebrannter Fadel die Freiheitsstatue vorüber, ein graues, gigantisches Nachtgepenst im weit wallenden Faltenkleid, versteinertes Phantom eines nicht mehr glühenden Geistes, monumentales Reklamemannequin für einen längst abhanden gekommenen Nationalartikel. Doch die Dame hat sich entschieden in mancher hinsicht gelohnt, besonders auch für Frankreich, welches dem jungen Volke mit sicherem politischen Instinkt sein eigenes Phralengenie auf einige Jahrhunderte mit auf den Weg gab. Doch, bitte, nur jetzt keine Politik hier in nächstlicher Einfamkeit, allein mit den Elementen zur heiligen Stunde des Anbruchs des Meeres.

Um frei hinauszublicken auf die hohe See, deren Pulsschlag bereits stark an unser Schiff dröhnt, gehe ich noch einmal hinauf auf das oberste Deck. Doch ich bin nicht allein. Da steht noch immer, in sich gebeugt, das blonde Mädchen, das toibleiche Antlitz nach Manhattan zurückgewandt. Sie hat mich nicht bemerkt. Leise gehe ich bugwärts und atme tief den vom Meere wehenden Nachtwind. Aus dunkler Ferne dort vor mir, hinter den kommenden neun Nächten, überströmt mich nach langer Zeit zum ersten Male wieder das ewige Wunder der Heimat: Deutschland.



# Kritik der Sozialversicherung.

## Ihre wirtschaftlichen Funktionen / Sozialistische Wissenschaft meldet sich zum Wort.

In diesen Tagen ist die erste Schritt der Sozialistischen Vereinigung für Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung „Die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung“ (Verlagsgesellschaft des ADGB, 136 Seiten) als Kollektivarbeit von acht sozialistischen Wissenschaftlern erschienen. Sie im Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gebührend anzukündigen, ist eine schöne, aber nicht leichte Aufgabe.

Es ist zwar sicheres Gedankengut der modernen Geisteswelt — weit über die eigentliche Marxsche hinaus —, daß Karl Marx' „Ökonomische Kritik des Kapitals“ die Umwandlung der individualistischen in die sozialistische Wirtschaftsverfassung als eine dem kapitalistischen System selbst innewohnende Notwendigkeit nachweist. Aber im sozialistischen Gedankengut flakt

### seit Karl Marx eine Lücke:

die Politik der Arbeiterklasse wurde anders als das kommunistische Manifest es voraussetzte und das geschah, weil die wirtschaftliche und gesellschaftliche Emanzipation der Arbeiterklasse andere Wege ging, als es Margens revolutionäre politische Philosophie vorzeichnete. Ebenso alt ist das bedrückende Gefühl, daß der Arbeiterklasse zu diesen „anderen“ Wegen bis heute die Theorie fehlt. Wir haben die ökonomische Kritik des Kapitals, die den Sozialismus als historische Notwendigkeit stabilisiert hat, aber wir haben, trotz der massenhaften Darstellungen zu diesen Erscheinungen, noch keine wissenschaftliche, die Politik der Arbeiterklasse zur Einheitlichkeit zwingende Nachweisung darüber, daß die Realpolitik beispielsweise der Gewerkschaften, Konsumvereine und der Sozialdemokratischen Partei das geeignete Instrument zur Herbeiführung des Sozialismus ist. Was fehlt, ist die durch ökonomische Kritik für die ganze Arbeiterklasse unerschütterlich gemachte Erkenntnis, daß die heute von der Arbeiterklasse angemandten realpolitischen Methoden zur Erreichung des historisch revolutionären sozialistischen Zieles die einzig richtigen sind, was zum Ergebnis haben müßte, daß politische Spaltungen der Arbeiterklasse, weil vor dem Verstande mit keinem Mittel zu rechtfertigen, auf die Dauer auch nicht möglich wären.

Dieser Nachweis wäre auch für das zur realistischen Gewerkschafts- und Parteipolitik gehörende Gebiet der Sozialversicherung und Sozialpolitik zu führen, womit für uns der Standort der Kritik für die hier zu besprechende Kollektivarbeit bestimmt ist.

### „Für uns ist der Mensch . . . Mittelpunkt und Ziel alles Wirtschaftens . . .“

Selbst wenn unter gewissen Umständen der Warenvertrieb der Wirtschaft durch eine Einrichtung der Sozialversicherung eine Einbuße erleidet, so müßten wir eine Ablehnung dieser Einrichtung (natürlich immer abgesehen von organisatorischen Mängeln) nur dann für gerechtfertigt halten, wenn die Minderung des volkswirtschaftlichen Ertrages so groß wäre, daß sie die durch die Sozialversicherung beabsichtigte Existenzsicherung des Menschen wieder in Frage stellte. An diesem Punkte scheiden sich die Geister. . . . Mit diesen Worten aus Dr. Hilde Oppenheimsers Einführung scheint das Problem — Sozialversicherung als realpolitisches Instrument zum sozialistischen Ziel — richtig gestellt und zugleich das Kriterium richtig angegeben: die Grenzen für Aufwand und Ziele der Sozialversicherung — als Teil alles Wirtschaftens — sind nicht in der Befähigung des Wirtschaftszweiges nach kapitalistischen, sondern nach sozialistischen Gesichtspunkten zu erblicken.

Dr. Ludwig Breller, dem Verfasser des ersten Kapitels „Sozialversicherung und Arbeitsfähigkeit“ gelingt in seiner hervorragenden, in den Formulierungen besonders glücklichen und mehr als ein Drittel des Kollektivwerkes umfassenden Arbeit der Nachweis, daß die historische Entwicklung und die reale Wirksamkeit der Sozialversicherung die sozialistische Zielsetzung rechtfertigen. Durch den

### Funktionswandel der Sozialversicherung von der schadenheilenden zur schadenverhütenden und schließlich die künftige Arbeitskraft pflegenden Tätigkeit —

bis hin zur Säuglingsfürsorge, zur Kapitalverwendung für den Wohnungsbau und zur Förderung der Wander- und Sportbewegung ist hier aus der Erfahrung der Beweise erbracht, daß eine volkswirtschaftliche Bewirtschaftung des Kapitals nur möglich ist, wenn diese zugleich die rationellste Menschenbewirtschaftung in sich schließt. Dazu gibt Breller ein fast überwältigendes Beweismaterial.

Im zweiten Kapitel „Sozialversicherung und Arbeitsmarkt“ behandeln Dr. Broecker und Dr. Halasi die Wirkungen der

Sozialversicherung — besonders der Arbeitslosenversicherung — auf das Angebot von Arbeitskräften und die Bezahlung der Arbeitskraft. Indem Broecker nachweist, daß die Leistungen der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung vom Arbeitsmarkt Kranke oder erwerbsbeschränkte Personen fernhalten (Berringerung der Arbeiterreserve) und die Arbeitslosenversicherung die Einhaltung der durch Tarifverträge festgelegten Arbeitsbedingungen fördert, wird die Funktion der Sozialversicherung als

### kollektivwirtschaftliches Instrument zum Schutz der Arbeitskraft

gegenüber einer rein privatkapitalistischen Tendenz des Wirtschaftens deutlich herausgestellt. Halasi betont mit Recht, daß die lohnsteigernde und äußerlich lohn erhöhende Wirkung der Sozialversicherung (Arbeitgeber- und Staatsbeiträge) in einem gewissen Grade auch ohne Sozialversicherung vorhanden wäre, da dann die entsprechenden Leistungen durch private oder staatliche Fürsorge bereitgestellt werden müßten. Nach Halasi kann eine lohnsteigernde Wirkung der Sozialversicherung in dem Sinne, daß dadurch zusätzliche Arbeitslosigkeit erzeugt werde, nicht bewiesen werden. Für Hilde Oppenheimsers These, die Aufwandsgrenze für die Sozialversicherung sei erst gegeben, wenn die von der Sozialversicherung eriterte Existenzsicherung des Arbeiters selbst durch die Aufwandshöhe gefährdet werde, sind Halasis Untersuchungen eine merkwürdige praktische Demonstration.

Das von Dr. Marschak und Fritz Rapphali bearbeitete dritte Kapitel „Sozialversicherung und Verbrauchsgestaltung“ beweist

### die krisendämpfende und die Wirtschaftlichkeit erhöhende Funktion der Sozialversicherung.

Soweit eine sozialistische Wirtschaft die Krisen beseitigen und auch Bedarfsdeckung und Verbrauch planmäßig gestalten will, wird die im technischen Sinne sozialisierende Tendenz der Sozialversicherung mit gutem Material als eine bisher noch wenig beachtete Erkenntnis gesichert. Marschak weist nach, daß die Häufung der Sozialleistungen in Krisenperioden (das gilt besonders für die Arbeitslosenversicherung) die Depression auf dem inneren Markt der Massenverbrauchsartikeln mildert und die in der Krise durch Auftragsmangel entstehenden Verlaufsverluste vermindert, wodurch den Unternehmern bei der Arbeitslosenversicherung von 1925 bis 1930 nicht weniger als 40 Proz. ihrer Arbeitgeberbeiträge wieder eingespart wurden. Rapphali zeigt durch eine Zusammenstellung sämtlicher Sachleistungen aller Versicherungszweige, daß ein Beitrag von rund ein Fünftel des für freie Käufe auf dem Markt bereiten Arbeitnehmervermögens durch diese Sachleistungen eine swangsläufige Verbrauchserhöhung erhält, die durch ihre Planmäßigkeit und Maßhaltigkeit auch eine wirtschaftlichere Bedarfsbefriedigung ermöglicht.

„Größe der (versicherungsmäßigen) Kapitalbildung“ und die „Weise der Kapitalverwendung“ in der Sozialversicherung behandelt im fünften Kapitel Dr. Croner. Für 1925 bis 1930 wird

### die Kapitalbildung der Sozialversicherung

(netto 3,5 bis 4 Milliarden) auf 10 Proz. der Kapitalbildung in Deutschland beziffert; davon waren 3,8 Milliarden in Wertpapieren, Darlehen, Hypotheken und eigenem Grundbesitz angelegt. Aus diesen hohen Beträgen schließt Croner auf Einflußmöglichkeiten der Sozialversicherung auf die Kapitallenkung und sagt mit Recht, daß die Rücklagen der Sozialversicherung erst dann richtig angelegt sind, wenn der Vermehrungszweck dem Zweck der Sozialversicherung selbst dient, d. h. den Menschen und der menschlichen Arbeitskraft als Wirtschaftszweck zu dienen geeignet ist.

Im fünften Kapitel „Sozialversicherung und Produktionskosten“ macht Dr. Ernst Rölling die wichtige Feststellung, daß zoll- und zartellgeschützte Industrien auf dem Umweg der Preisbildung für nicht geschützte Verbraucherindustrien auch „Soziallasten“ überzumälzen in der Lage sein können. Rölling legt sich auch mit Vieh, Horneffer und Hary auseinander, die die staatliche Zwangsversicherung in mehr oder weniger verschiedenen Formen durch ein Zwangsparsystem (Individualversicherung) erlegen wollen.

Hilde Oppenheimer schließt das Werk mit einer den Willen zur wissenschaftlichen Exaktheit fast zu sehr betonenden „Zusammenfassung“ der Ergebnisse.

Unsere kurze Inhaltsangabe zeigt, daß hier ein trotz seines geringen Umfangs bedeutungsvolles Werk vorliegt. Die Sozialistische Vereinigung für Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung hat

mit dieser ihrer ersten Publikation einen ausgezeichneten Start gefunden. Die Wissenschaft und vor allem die ernste politische Publizistik können an diesem Werk sozialistischer Wissenschaftler, das die Sozialversicherung als unentbehrlich für das kapitalistische System und zugleich auch als zwingend nötigen Gehilfen zu dessen Überwindung erweist, nicht vorbei. Der Schlagwortvernebelung durch die Gegner der Sozialpolitik kann die Arbeiterklasse durch dieses Werk ein auf den neuesten Stand gebrachtes wissenschaftliches Erkenntnisgut entgegenstellen.

Freilich wird dem Leser das Durcharbeiten — trotz der Zahlenbeispiele und vielen Daten — nicht immer leicht fallen. Das liegt nicht nur daran, daß die Paragraphenwälder der Sozialversicherung und Sozialpolitik ein schlechtes Gelände für geistige Spaziergänge sind, und damit kommen wir zu unserer Ausgangsbetrachtung zurück.

Das Werk liest sich auch schwer, weil jeder der Verfasser mit der Schwierigkeit ringt, daß ihm die Bedeutung der Sozialversicherung als realpolitischer Faktor für eine sozialistische Wirtschaftspolitik gefühlsmäßig absolut klar ist, daß er aber wegen

### des Mangels einer „ökonomischen Kritik der sozialistischen Realpolitik“

sich an die Methoden der Bearbeitung des vorliegenden Materials erst herantasten muß, statt von ihnen ausgehen zu können. Wir stehen nicht an, das als einen Mangel des Buches zu bezeichnen. Indem wir das aber tun, zeigen wir nur von neuem die Lücke im sozialistischen Erkenntnisgut auf, von der wir eingangs sprachen, an der die Verfasser des Werkes aber unschuldig sind. Wir hoffen, daß die Sozialistische Vereinigung für Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung diese Lücke schließen wird. Sie würde damit den entscheidenden Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus tun, soweit nur Wissenschaft und Forschung diese Entscheidung herbeiführen können.

G. Klingelhöfer

## Um den Deutschen Butterzoll.

### Die Folgen in Holland

Unter Amsterdamer Mitarbeiter meldet über die Folgen des Butterzollkrieges: „Während nach der deutschen Einfuhrbeschränkung für niederländische Butter der Preis für beste Inlandsbutter zeitweilig auf 45 und 50 Cent (70 und 80 Pfennig) das Pfund heruntergegangen war, machen sich die Folgen des Margarinevermischungsgeheißes, das für alle Margarine einen Zulag von mindestens 25 Proz. Naturbutter vorschreibt, bereits bemerkbar. Die Margarinefabrikanten treten als Käufer von Naturbutter in steigendem Maße auf, die Nachfrage nimmt zu, und die Preise gehen allmählich in die Höhe. Augenblicklich bewegt sich der Preis für beste niederländische Inlandsbutter zwischen 60 und 65 Cent (1 M. bis 1,10 M.) das Pfund, und ein weiteres Anziehen ist schon in den nächsten Tagen zu erwarten. Gleichzeitig wird auch der Margarinepreis langsam gesteigert. Damit hat die Regierung Ruhs die Lasten der Agrarkrise glücklich auf die Schultern der ärmsten Verbraucher abgewälzt. Bei den Kammerwahlen des nächsten Jahres wird die Sozialdemokratie, die in beiden Kammern geschlossen gegen das Gesetz stimmte, darauf zurückkommen.“

Es sei darauf hingewiesen, daß die Rechtsparteien in Deutschland sich mit ähnlichen Projekten tragen (Margarinesteuer, Seimilchungszwang usw.).

## Die Katastrophe in der Bauwirtschaft.

Der Monat April brachte gegenüber März in der Bauwirtschaft zwar eine Besserung, aber die Lage bleibt katastrophal. In den Groß- und Mittelstädten wurden mit 3234 Wohnungen fünf Prozent mehr fertiggestellt als im März, aber um 66 Proz. weniger als im April vorigen Jahres. In den ersten vier Monaten 1932 blieb mit 14100 Wohnungen der Zugang um 60 Proz. hinter dem vorjährigen zurück. Dabei waren im April 35 Proz. aller neuen Wohnungen durch Umbau alter Wohnungen entstanden. Die Zahl der begonnenen Wohnungsbauten ist von 1228 im März auf 2994 im April (gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 30 Proz.), die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen von 1769 auf 3468 gestiegen (gegenüber dem Vorjahr 27 Proz. weniger).

Dividende nach der Sanierung. Daß zahlreiche Betriebe rentabel arbeiten können, wenn nicht unangemessen hohe Kapitalanprüche künstlich aufrechterhalten werden, dafür liefert der Abbruch der Ludwigshafener Walzmühle den Beweis. Das Unternehmen mußte zum Ausgleich des Verlustes vom Jahre 1930 saniert werden (Kapitalzusammenlegung 5 zu 3), und schon für das Jahr 1931 kann eine Dividende von 6 Proz. auf das Kapital von 2,2 Millionen Mark verteilt werden. Im Geschäftsbericht wird an Schieles Getzeidepolitik, besonders am Vermählungszwang für inländisches Getreide, scharfe Kritik geübt.

DIE NEUE  
HANDARBEITS-  
ZIGARETTE  
DER ÖSTERR. TABAK-REGIE



# ERUSA

## 4 3 UND 5 3

IN ALLEN TABAKWARENGESCHÄFTEN ERHÄLTlich

Wer Handarbeitszigaretten raucht, hilft Arbeitslosigkeit vermindern



